

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Wartzien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 23. April 1892.

Inserate die viergeschossige Weltzeitung oder deren Raum 20 P.
Reaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße 12.

Arbeiter-Leichtsin, Profitgier und Betriebsunfälle.

Vor wenig Wochen hat das Reichsversicherungsamt die Resultate seiner Erhebung über die Vermehrung der Betriebsunfälle im Jahre 1890 veröffentlicht. Um ein klares Bild über die Ursachen dieser Vermehrung zu erhalten, wurden die Berufsgenossenschaften um eingehende Neuflüsterung ihrer Ansichten angegangen. Bei der bei uns herrschenden Ansicht über „Sozialreform von Oben“, die denn auch glücklich den großen sozialen Gedanken beinahe zur sozialen Bedeutungslosigkeit heruntergedrückt hat, dachte natürlich Niemand daran, auch die Arbeiter über ihre Erfahrungen und Meinungen zu befragen. Und doch wären die Gewerkschaftsverbände die berufensten Organe hierzu. Und wenn deren prinzipielle Färbung gar zu fürchterlich, so wären noch die freien Hilfskassen der Arbeiter ein Nothbehelf gewesen. Aber die preußische Unteroffiziersdrassur, die auf höherer Stufenleiter auch in Regierungskreisen herrscht, kennt auch auf wirtschaftlichem Gebiete nicht gleichberechtigte Faktoren; für unsere sozialreformenden Professoren und Geheimräthe u. s. w. ist der Arbeitgeber immer noch der Wohlthätiger des Arbeiters, der seinerseits es als Gnade und Glück betrachten muß, einen „Lohnherrn“ zu finden, und die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung ist ein Werk sozialer Wohlthätigkeit, für welche die Arbeiter der Regierung eigentlich zu großer Dankbarkeit verpflichtet wären.

Die Berufsgenossenschaften der Unternehmer fanden als Ursache der Vermehrung der Betriebsunfälle 1) die verschärfte Kontrolle, 2) die größere Kenntnis der betr. Schutzgesetzmäßigkeiten in den Reihen der Arbeiter, 3) die schärfere juristische Fassung des Begriffes: Unfall und endlich 4) die angespannte Industriethätigkeit und daraus entstehende Einstellung von ungenügend ausgebildeten und geübten Arbeitskräften.

Zweifellos haben alle diese Momente mitgewirkt, und zu verwundern ist nur, daß diese kapitalistischen Interessenvertretungen den unter 4) angeführten Grund — den Hauptgrund — zugegeben haben. Damit haben die Berufsgenossenschaften unzweideutig zugestanden, was die sozialdemokratische Arbeiterpresse stets behauptet und bewiesen hat. Je höher der Grad der Ausbeutung, je rücksichtsloser die Ausnutzung der Arbeitskraft, sei es durch heruntergedrückte Akkordpreise, sei es durch verlängerte Arbeitszeit, Vermehrung der jugendlichen, Frauen- oder Kinderarbeit, um so größer die Gefahr der Unfälle, mit anderen Worten: je höher die Profitrate, um so höher der Leichtsin, die Gleichgültigkeit, ja die Gewissenlosigkeit der Unternehmer. Diese Aussöhnung ist nicht neu, sie drängt sich allen auf, deren Blüte nicht durch das Unternehmer-Interesse getrübt sind.

Natürlich war dieses Zugeständniß, daß

die Profitgier und der Ausbeutungswüchse der Unternehmer an den vermehrten Betriebsunfällen Schuld tragen, den Unerlässlichsten und Unverschämtesten der Unternehmerklasse sehr unangenehm, und so führen wir denn ihre Prechmäuler sofort an der Arbeit, diese unangenehme Thatsache aus der Welt zu lügen. Von dem albernen-unsamen Versuche der „Kreuzzeitung“, für die vermehrten Unfälle die Anarchisten verantwortlich zu machen wollen wir nicht reden; aber festzustellen muß man für die Arbeiterklasse diese Junkerfrechheit. Im selben Augenblick, wo nachgewiesen wird, daß das entsetzliche Grubenunglück von Anderlues hätte vermieden werden können, wenn die Grubenbesitzer auf die Warnungen der Sternwarte gehört hätten, wo mit anderen Worten der Beweis erbracht wurde, daß einzige und allein die verbrecherische Habgier an dem Tode und Elend von Hunderten von Familienvätern die Schuld trägt — da bringt das Organ der frommen und frechen Junker folgende Notiz:

„Nicht geringe Wahrscheinlichkeit spricht auch dafür, daß zum mindesten ein Theil der erschütternden Betriebsunfälle aller Art, wie sie namentlich beim Bergbau immer häufiger werden, sowie die vielen großen Feuerschäden der letzten Zeit auf verbrecherische Anschläge dieser Art (anarchistische Dynamit-Anschläge) zurückzuführen sind.“

Nicht ganz so bornirt behauptet das Organ der Knappschafz-Berufsgenossenschaft „Der Kompass“ — und natürlich reproduziert die „Eisen-Zeitung“ als getreuer Fridolin der Eisen-Industriellen diese freche Lendenlüge —, „daß nach dem Streit (der Bergarbeiter) die Zuwiderhandlung gegen bestehende Verbote und die Nichtanwendung der vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen als wesentliche Ursachen für die gesteigerten Unfälle bezeichnet werden müssen. Seit dem großen Ausstande des Jahres 1889 habe sich in den Belegschaften an vielen Stellen ein Geist der Unbotmäßigkeit entwickelt, der in den vermehrten Unfällen einen betrübenden Ausdruck erhalten. In den Bergbaubezirken, die von den Aufstiegeleien mehr oder weniger verschont geblieben, sei theils eine nur unvorsichtige Vermehrung eingetreten, theils sogar eine Abnahme der Unfälle zu verzeichnen.“

Da aber solch' allgemeine Behauptungen nichts wert sind, so bringt das Unternehmerorgan auch Zahlen für seine Behauptung, freilich ohne auch nur den Versuch zu machen, sie im Einzelnen durch Anführung von Grube, Ort und Zeit zu belegen. Allein im Dortmunder Oberbergamtbezirk seien in Folge Zuwiderhandlung der Arbeiter gegen Verbote zur Verhütung der schlagenden Wetter 124 Bergleute verletzt, 71 davon sogar getötet worden.

Wie stehen nun aber gegen diese beweislosen Behauptungen die wirklichen Thatsachen?

Wir können hier einen gegen alle Einwände gefestigen unparteiischen Zeugen anführen: den amtlichen „Reichs-Anzeiger“, der gewiß über jeden Verdacht erhaben ist, zu Gunsten der Arbeiter die Thatsachen zu fälschen.

Im vergangenen September fand in Bern eine von den verschiedenen Regierungen beschickte internationale Unfallversicherungs-Konferenz statt. Der Direktor des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker hielt dort einen Vortrag, den der „Reichsanzeiger“ seiner Bedeutung wegen wörtlich reproduzierte. In dem Vortrage vertheidigte Dr. Bödiker auch die Forderung, daß die Arbeiter von den Beiträgen zur Unfallversicherung befreit würden und polemisirte dagegen, daß etwa bei Unfällen, die durch Verschulden der Arbeiter herbeigeführt worden seien, an der kostlosen Rechtsprechung und an der Entschädigung gerüttelt werde. Wollte man das, führte Dr. Bödiker aus, so müsse man auch

„die durch die nachgewiesene Schuld der Arbeitgeber oder ihrer Bevollmächtigten herbeigeführten Unfälle, für welche schon nach dem gemeinen Recht eine volle Ersatzverbindlichkeit bestand, voll entschädigen. Das letztere geschieht nach den deutschen Unfallversicherungsgesetzen aber nicht, vielmehr werden stets die gleichen Rente gezaahlt, und es hieße in der That auch nur die früheren odiosen Haftpflichtprozesse wiederbeleben, wollte man für den Fall der Verschuldung der Arbeitgeber oder ihrer Bevollmächtigten höhere Rente bewilligen. Daß die Unfälle der letzteren Art keineswegs selten sind, ist durch die für das Jahr 1887 vom Reichsversicherungsamt aufgenommene umfassende Unfallstatistik erwiesen. — Denn als dem Unternehmer zur Last fallend, wegen mangelhafter Betriebs-Einrichtungen, wegen des Fehlens von Schutzvorrichtungen oder wegen keiner oder ungenügender Anweisung der Arbeiter ergaben sich 3156 entzündungspflichtige Unfälle, das ist 19,79 Proz. der beobachteten Unfälle.“

Gegenüber dieser amtlichen Feststellung werden die Preßoldner des Unternehmershums wohl schwieger müssen. Und es liegt auf der Hand, daß die Berufsgenossenschaften der deutschen Unternehmerklasse nicht jenes oben unter 4) angeführte Zugeständniß gemacht hätten, wenn sie nicht allesamt gewußt hätten, daß sich diese Thatsache einfach nicht hinwegleugnen läßt. Dieses Zugeständniß, das durch die amtliche Untersuchung, wie wir gesehen haben, noch erweitert wird, ist freilich eine furchtbare Anklage gegen das Unternehmershum, wie sie schärfer von keinem Sozialdemokraten erhalten werden kann, denn sie sagt nichts Anderes, als daß 20 Prozent sämtlicher entzündungspflichtigen Unfälle hätte vermieden werden können, wenn die Unternehmer es nicht an den

einfachsten Anforderungen der Gewissenhaftigkeit hätten fehlen lassen.

Für die Unternehmer heißt die „angespannte Industriethätigkeit“ erhöhte Profite, riesige Dividenden, für die Arbeiter aber Verlust der Gesundheit, Verlust der geraden Glieder oder gar des Lebens. Aus dem Blute und den Knochen der Arbeiter wird das Gold der faulenenden Dwendensjäger gemünzt.

An dieser Thatsache ändern alle journalistischen Schwänzeleien der Unternehmerpresse nichts. Es ist das ein Naturgesetz der Kapitalwirtschaft und einen klassischen Ausdruck dieses ökonomischen Gesetzes der Bruttproduktion hat Karl Marx in seinem „Kapital“ schon vor anderthalb Menschenalter aus der „Quatorz Review“ zitiert, den bekannten Satz:

„Kapital flieht tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinen Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital lühen. 10 Proz. sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Proz. es wird lebhaft; 50 Proz. positiv waghalsig; für 100 Proz. stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Proz., und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskirt, selbst auf die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beider encouragieren. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel.“

Die behördliche Überwachung des gesetzlichen Arbeiterschutzes.

Die am 1. April in Kraft getretene abgeänderte Reichsgewerbeordnung enthält einige zum Theil neue, zum Theil bestehende, jedoch abgeänderte Arbeiterschutzbestimmungen. Dieselben sind durchgehends von keiner großen sozialpolitischen Tragweite und nach dieser Richtung übrigens in diesem Blatte wiederholt besprochen worden. Um so wichtiger ist es daher, daß diese völlig unzulänglichen und überaus verschleierten gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze des Arbeiters in der Praxis auch genau beobachtet und eingehalten werden und diese Zurückhaltung von Seite der Arbeiter selbst, namentlich aber von den mit dieser Aufgabe betrauten Behörden fleißig beachtet und kontrolliert wird.

Welche Behörden sind nun mit dieser Aufsicht betraut? Nach § 120d der revisierten Gewerbeordnung sind die zuständigen Polizeiorgane befugt, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der in den §§ 120a bis 120c enthaltenen Grundsätze erforderlich und nach der Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen. Diese Grundsätze sind im Wesentlichen folgende: Die Gewerbe-

unternehmer sind verpflichtet 1) die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Gesundheit und Leben so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet; 2) für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Besichtigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen; 3) alle diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutz der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andere in der Natur des Betriebes liegende Gefahren, welche aus Fabrikbränden erwachsen können, erforderlich sind; 4) Vorschriften über die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen, welche erforderlich sind, um die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes zu sichern, insbesondere a) bei der Arbeit, soweit es die Natur des Betriebes zuläßt, die Trennung der Geschlechter durchzuführen, sofern nicht die Aufrechterhaltung des Anstandes und der guten Sitten durch die Einrichtung des Betriebes ohnehin gesichert ist, b) für ausreichende, nach Geschletern getrennte Kleider- und Waschräume zu sorgen, falls der Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, c) die Bedürfnisanstalten so einzurichten, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, den hygienischen Anforderungen entsprechen und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann; 5) falls Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigt werden, bei Einrichtung der Betriebsstätte und bei Regelung des Betriebes diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind.

In allen diesen Richtungen können nach § 120 e durch Beschuß des Bundesrates Vorschriften darüber erlassen werden, welchen Anforderungen in bestimmten Arten von Anlagen zur Durchführung der in den §§ 120 a bis 120 c enthaltenen Grundsätze zu genügen ist.

Soweit solche Vorschriften durch Beschuß des Bundesrates nicht erlassen sind, können dieselben durch Anordnung der Landes-Zentralbehörden oder durch Polizeiverordnungen der zum Erlass solcher berechtigten Behörden erlassen werden. Vor dem Erlass solcher Anordnungen und Polizeiverordnungen ist den Vorständen der beteiligten Berufsgenossenschaften oder Berufsgenossenschafts-Sektionen Gelegenheit zu einer gutachterlichen Anerkennung zu geben.

Durch Beschuß des Bundesrates können für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen werden.

Weitere Verordnungsrechte gibt dem Bundesrat der § 139 a, namentlich bezüglich des Schutzes der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter.

Der § 139 b bestimmt, daß die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der §§ 105 a, 105 b Abs. 1, 105 c bis 105 h, 120 a bis 120 c, 134 bis 139 a ausschließlich oder neben den ordentlichen Polizeibehörden besonderen von den Landesregierungen zu übertragen

ist. Denselben stehen bei Ausübung dieser Aufsicht als amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zu jederzeitiger Revision der Anlagen zu. Sie sind, vorbehaltlich der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, zur Gehemhaltung der amtlich zu ihrer Kenntnis gelangenen Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Revision unterliegenden Anlagen zu verpflichten.

Zum Verständniß der amtlichen Stellung der Gewerbeinspektoren ist es angezeigt, die in den Einzelstaaten für die Regelung des Dienstes geltenden Normen zu kennen. Nach denselben sollen die besonderen Aufsichtsbeamten in dem ihnen zugewiesenen Wirkungskreise nicht an Stelle der Polizeibehörden treten, sondern die Tätigkeit letzterer nur ergänzen und durch sachverständige Beratung der zuständigen höheren Verwaltungsbehörde eine sachgemäße und gleichmäßige Ausführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung und der auf Grund dieser erlassenen Vorschriften herbeizuführen suchen. Dabei sollen sie ihre Aufgabe vornehmlich in einer wohlwollend kontrollirenden, berathenden und vermittelnden Tätigkeit erledigen und eine Vertrauensstellung zu gewinnen suchen, welche sie in den Stand setzt, zur Abahnung und Erhaltung guter Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern mitzuwirken.

Von den Befugnissen der Ortspolizeibehörden, welche ihnen nach § 139 b Absatz 1 der Gewerbeordnung zustehen, dürfen die Gewerberäthe indessen keinen Gebrauch machen; sie werden vielmehr auf den Weg gütlicher Vorstellungen und Maßnahmen verwiesen und nur dann, falls dies fruchtlos ist, sollen sie, soweit es sich um die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen oder um Verlegung von auf Grund des § 120 Abs. 3 der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften handelt, die wahrgenommenen Verstöße den ordentlichen Polizeibehörden mit dem Ersuchen um Herbeführung des weiteren Verfahrens zur Kenntnis bringen. Soweit es sich um Einrichtungen handelt, welche nach § 120 notwendig erscheinen, aber noch nicht vorgeschrieben sind, dürfen die Gewerberäthe die Aufforderung an die Ortspolizeibehörde erst dann erlassen, wenn sie eine bezügliche Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde herbeigeführt haben.

Nach diesen Bestimmungen, die übrigens nicht einmal dem Gesetz entsprechen, steht den Gewerberäthen eine direkte Executive nirgends zu; die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen liegt tatsächlich in den Händen der zuständigen Polizeibehörden und die nach § 139 b angestellten besonderen Aufsichtsbeamten sind im Grunde genommen nichts anderes als untergeordnete Polizeiorgane. Das diese Thatsache nicht mit den Forderungen in Einklang zu bringen ist, welche an eine zweitmäßige Organisation der Fabrikinspektion zu stellen sind, liegt auf der Hand.

Schen wir uns nun die bisherige ortspolizeiliche Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete etwas näher an und zwar im Lichte der Gewerbeinspektionsberichte. Nach den für das Jahr 1890 von den Gewerberäthen für Breslau, Bremen-Liegnitz, Hohenzollern und Frankfurt a. O.-Potsdam erstatteten Berichten läßt die Revisionstätigkeit der Ortspolizeibehörden noch viel zu wünschen übrig, fehlt es diesen Behörden an der nötigen Initiative und finden die polizeilichen Besichtigungen der Anlagen viel zu selten statt. Nur der Gewerberath für den Bezirk Oppeln preist als einziger unter den 18 preußischen Berichterstattern die Tätigkeit der Ortspolizei. Weniger günstig und schonend als die allgemeine, äußert sich die spezielle, auf die ein-

zelnen Zweige der ortspolizeilichen Gewerbeaufsicht eingehende Kritik.

So wird die Thätigkeit der Ortspolizeibehörden auf dem Gebiete der Überwachung der Fabrikarbeit in den älteren Berichten der Gewerberäthe sowohl als auch in denen für 1890 als eine unzureichende bezeichnet und namentlich die mangelhafte Aufsicht über Bevölkerung der gesetzlichen Vorschriften, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter im Allgemeinen fast ausnahmslos beklagt. Bei den vor kommenden ortspolizeilichen Revisionen der Anlagen scheint es übrigens recht gemüthlich einzugehen; so meldeten die Berliner Blätter den Arbeitgebern gewissenhaft, "daß die Polizeibeamten gegenwärtig die alljährlichen Besichtigungen vornehmen, welche sich auf die Bevölkerung der zum Schutz der jugendlichen Arbeiter erlassenen Vorschriften erstrecken."

Von der Befugnis, mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Gewerbebetriebes und der Betriebsstätte zu thunlichster Sicherheit gegen Gefahr für Leben und Gesundheit den Gewerbeinhabern die Herstellung und Unterhaltung geeigneter Einrichtungen vorzuschreiben, haben die zuständigen Behörden nur in einem äußerst geringen Umfange Gebrauch gemacht. Nach dem Berichte des Gewerberäths für Ost- und Westpreußen entbehren außer dem nötigen Verständniß für die Gefährlichkeit gewisser Maschinenteile sehr viele der in ländlichen Bezirken die Polizeibehörde bildenden Amtsverwalter und ihre Unterbeamten einer ausreichenden Sachkenntnis, um geeignete Verordnungen in dem beabsichtigten Sinne und Umfange zur Durchführung bringen zu können. Die große Zahl der nach wie vor gerade an landwirtschaftlichen Maschinen eintretenden recht schweren Unfälle beweist nur zu deutlich, daß der Erfolg der Polizeiverordnungen weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Dem gegenüber betont Bruno Frankenstein ("Archiv f. soziale Gesetzgebung") sehr zutreffend, daß es zweifellos den Vort zum Gärtnereien heißt, wenn man die in den meisten Fällen als Arbeitgeber interessirten Amtsverwalter-Gutsbesitzer zu Aufsichtsbeamten über sich und ihre Berufsgenossen macht.

Auch bezüglich der Unfallverhütungsvorschriften resp. deren praktische Durchführung steht es sehr unbefriedigend. So berichtet z. B. der Gewerberath für den Bezirk Arnswalde, daß ein Vertrauensmann (!) der Holzberufsgenossenschaft, der selbst Besitzer und Leiter einer Fabrik mit mehr als 100 Arbeitern ist, von der Existenz der vor fünf Jahren erlassenen Unfallverhütungsvorschriften seiner Berufsgenossenschaft keine Kenntnis hatte. Da auch der Gewerberath für Düsseldorf mittheilt, daß die von der norddeutschen Holzberufsgenossenschaft geforderten Einrichtungen den meisten Betriebsinhabern nicht bekannt waren (!), so werfen diese Fälle ein eigenhümliches Licht auf die Tätigkeit der bezüglichen Genossenschaft.

Betreffend die genehmigungspflichtigen gewerblichen Anlagen und die Aufsicht über dieselben scheint vielfache und weitgehende Rücksichtnahme auf die Unternehmer geübt zu werden. Es ist dafür gewiß sehr bezeichnend, wenn der Gewerberath für Hannover von einem gewissen Drude spricht, unter welchem die für die Erteilung der Genehmigung zuständigen Behörden stehen.

Wie man aus diesen Mittheilungen erschen kann, "haben die Ortspolizeibehörden mit wenigen Ausnahmen weder Lust noch Liebe, ihre Pflichten als Auf-

sichtsorgane in gewissenhafter Weise zu erfüllen, anderseits sind sie durchaus nicht sachverständig genug, um die Arbeiterschutzbestimmungen im Sinne des Gesetzes und zum Wohle der Arbeiter auszuführen und schließlich nehmen sie nur zu oft mehr auf die Unternehmerinteressen, als auf die Interessen der Arbeiter und des öffentlichen Wohles Rücksicht." (Frankenstein im "Archiv für soziale Gesetzgebung.")

Frankenstein fordert, wie dies seitens der Sozialdemokratie schon seit Jahren geschehen, eine reichseinheitliche vollständige Neuorganisation der Gewerbeaufsicht, eine Vermehrung der Aufsichtsbezirke durch Verlegung der seitherigen und für jeden Bezirk die Errichtung einer mit den erforderlichen Machtbefugnissen ausgestattenden Gewerbeaufsichtsbehörde. Den Polizeibehörden werden am zweitmäßigen überhaupt keine Zusagaben und keine Befugnisse hinsichtlich der Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen zugewiesen, denn so lange ungeeignete Organe in erster Linie zur Gewerbeaufsicht berufen bleiben, so lange wird der Arbeiterschutz zum großen Theil nur auf dem Papier stehen.

Bei dieser Lage der Dinge würde es sich im Interesse der Arbeiter sehr empfehlen, wenn sie selbst der Durchführung der zu ihrem Schutz geschaffenen Gesetzesbestimmungen die größte Aufmerksamkeit widmen würden. Besser als Fabrik-Inspektor und Polizeiorgan ist der Arbeiter in der Lage, die Beobachtung des Gesetzes in der Fabrik kontrollieren zu können. Ist doch der Arbeiter sozusagen selbst das Werkzeug, mittelst dessen der Unternehmer die Gesetzesverletzung begeht.

Um nun aber auch vollständig in der Lage zu sein, thatächliche Gesetzesverletzungen konstatiren zu können, ist es unerlässlich, daß der Arbeiter die Gewerbeordnung auch genau kennt. Diese Kenntnis den Arbeitern zu verschaffen, dünkt uns eine sehr dankbare Aufgabe der Gewerkschaften zu sein. Die kleinste Zahlstelle eines Verbandes oder der kleinste Fachverein sollte sich für die Bibliothek die Gewerbeordnung (von der "Vorwärts"-Buchhandlung in Berlin für 1 M zu beziehen) anschaffen und die wichtigsten Bestimmungen daraus in den Versammlungen vorlesen und darüber Diskussionen veranstalten, um eine richtige Auffassung des Gesetzes bei den Mitgliedern zu erzielen und andererseits die wichtigsten Paragraphen besser dem Gedächtnis einzuprägen zu können. Zur Entgegennahme von Anzeigen über vorgenommene Gesetzesverletzungen sollte von den Organisationen ein geeigneter Vertrauensmann oder eine Kommission von mehreren Vertrauensleuten bestellt werden, die dann die weiteren Schritte zur Ahndung oder Verhütung fernerer Gesetzesübertretungen zu veranlassen hätte. Dieses Organ könnte daun, je nachdem es zweitmäßig erscheint, dem Gewerbeinspektor oder der Ortspolizeibehörde von den ihm mitgetheilten Verlegerfallen Kenntnis geben und ein amtliches Einschreiten verlangen. Nach Erledigung des Falles wäre derselbe in der Arbeiterpresse zu veröffentlichen.

Solche Arbeiterkommissionen zur Überwachung der zum Schutz der Arbeiter geschaffenen Gesetzesbestimmungen bestehen z. B. in der Schweiz an fast allen Industriestädten und haben sie eine sehr fruchtbare Tätigkeit entfaltet, die von den Unternehmern ebenso gehaßt und gefürchtet wie von den Arbeitern hoch geschätzt und anerkannt wird. Gegenüber den in allen Praktiken zur Umgehung der Arbeiterschutzbestimmungen erfahrenen und geübten Unternehmern ist eine Überwachung und Kontrolle durch die Arbeiter eine unerlässliche Notwendigkeit. Nur durch eine solche wirkliche Aufsicht werden die Arbeiter es erreichen, daß der ihnen

gewährte, so ungemein beschiedene gesetzliche Schutz auch zur Geltung gelangen wird.

Die französischen Arbeiter-Gewerkschaften.

(Sozialpolitisches Centralblatt.)

Ungleich anderen Ländern, wo der Gewerkschaftsbewegung so große Hindernisse in den Weg gelegt werden und ein solcher Druck auf sie ausgeübt wird, daß, wenn es schon nach zäher Auseinanderzuziehung von Gewerkschaften kommt, dieselben keinen Moment vor einer behördlichen Auflösung sicher sind, läßt ihr Frankreich, wenn auch keine unbegrenzte, so doch eine recht ausgedehnte Freiheit. In der That können, nach dem Syndikatsgesetze vom 21. März 1884, alle in der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft beschäftigten Lohnarbeiter einen und desselben Berufes, verwandter oder zur Herstellung bestimmter Produkte — Gebäude, Dampfschiffe etc. — zusammenwirkender Gewerbe sich frei, ohne irgend welche Genehmigung oder Beaufsichtigung der Behörden, zu Gewerkschaften konstituieren. Nun kommt es allerdings bei Gesetzen, insbesondere solchen, die den Arbeitern mehr Freiheit, Rechte oder Schutz gewähren, weniger auf ihre Fassung, als auf deren Durchführung an. Über auch in dieser Beziehung kann man sich hier nicht beklagen. Weit entfernt das Gesetz in der Praxis umzustossen oder seine einzelnen Bestimmungen engherzig auszulegen, ist den Präfekten in einem Ministerial-Schreibens (25. Aug. 1884) empfohlen worden, das Gesetz im liberalsten Sinne aufzufassen und die Bildung von Gewerkschaften nach Möglichkeit zu unterstützen, ohne sich in deren Angelegenheiten zu mischen. „Lassen Sie“, heißt es dort — ich fasse die wichtigsten Stellen kurz zusammen — „die Initiative den Beteiligten, die ihre Bedürfnisse besser kennen als Sie. Es genügt, wenn man weiß, daß die Syndikate alle Sympathien der Verwaltungsbehörde haben und ihre Gründer sicher sind, alle gewünschten Auskünfte von Ihnen zu erhalten. In dieser wie in jeder anderen Sache hat die republikanische Verwaltungsbörde die Aufgabe, zu helfen, nicht Schwierigkeiten zu bereiten. Dieses Gesetz hat den Arbeitern gänzlich die Besorgung ihrer Interessen überlassen; es enthält keine Bestimmung, die eine administrative Einschränkung in ihre Verbände rechtfertigen würde. Wo Schwierigkeiten auftauchen, sind sie in dem der Entwicklung der Freiheit günstigsten Sinne zu lösen.“

Wie sehr dieses Gesetz, das den Arbeitern volle Koalitionsfreiheit zusichert und ihren Syndikaten (Gewerkschaften) die juristische Persönlichkeit verleiht, zur Bildung und Entwicklung der Gewerkschaften beiträgt, das zeigt das jüngst vom Handelsministerium veröffentlichte Jahrbuch: „L'Annuaire des Syndicats professionnels“. Darnach vermehrte sich die Zahl der gesetzlich konstituierten Arbeiter-Syndikate, die am 1. Juli 1884, d. i. drei Monate nach Erlass des zitierten Gesetzes 68 betrug, im darauffolgenden Jahre um 153, im Jahre 1886 um 59, im Jahre 1887 um 221, im Jahre 1888 um 224, im Jahre 1889 um 96, im Jahre 1890 um 185 und im jetztverfloßenen Jahr um 244. Davon ist die Zahl der sich inzwischen aufgelösten Gewerkschaften stets in Abrechnung gebracht. So hatten sich im abgelaufenen Berichtsjahr 318 neue Gewerkschaften gebildet, während ihre Vermehrung nur mit 244 angegeben ist, weil sich im selben Zeitraum 69 andere Gewerkschaften aufgelöst hatten. Die Gesamtzahl der am 1. Juli bestandenen Arbeiter-Syndikate beträgt somit 1250. Zu den einzelnen Jahren seit Erlass des Gesetzes stellt sich ihr Verhältnis wie folgt. Es bestanden im Jahre 1884 68 Syndikate; 1885: 221;

1886: 280; 1887: 501; 1888: 725; 1889: 821; 1890: 1008; 1891: 1250.

In diese Syndikate sind auch die der kaufmännischen Angestellten, wie Buchhalter, Konsul, Handelsreisende etc. einzbezogen. Will man ihre Zahl, wie dies vom sozialstatistischen Standpunkte erforderlich ist, besonders kennen, muß man erst — was zur Nachahmung des Handelsministeriums hier hervorgehoben werden soll — das ganze Jahrbuch eigens durchgehen. Scheut man diese Arbeit nicht, dann findet man, daß es 36 solcher Syndikate, und zwar 7 von Buchhaltern, 12 von Handelsreisenden und 17 von Handlungskommiss und sonstigen kaufmännisch Angestellten, mit einer Mitgliederzahl von ca. 10,000 gibt. Bemerklt muß auch werden, daß sich unter den Arbeitersyndikaten kein einziges von Agrikulturarbeitern gebildetes befindet, obwohl es 750 landwirtschaftliche Syndikate gibt, die sich auf 676 Gemeinden verteilen und 269,298 Mitglieder umfassen. Diese Syndikate verfolgen aber nur speziell landwirtschaftliche Zwecke, „und wenn auch einige“ — wie sich der Bericht nicht besonders präzise ausdrückt — „nach dem Wortlaut ihrer Statuten gleichzeitig Agrikulturarbeiter in sich begreifen können, so ist doch deren Zahl im allgemeinen eine äußerst geringe.“

Unter den Industrien, welche die meisten Arbeitersyndikate zählen, steht obenan das Baugewerbe mit 216 Syndikaten, ihm folgen die Metallindustrie mit 130, die Buchindustrie (Schriftsezer, Schriftgießer, Lithographen etc.) mit 116, die Textilindustrie mit 85, die Hutmacherei mit 50, die Schuhmacherei mit 46, die Bäckerei mit 30 und die Möbelindustrie mit 23 Syndikaten.

An Gewerkschafts-Verbinden zählte Frankreich zu Ende des Berichtsjahrs 27, während im Vorjahr nur 24 bestanden. Von den neuen Verbänden ist besonders die „Fédération des Travailleurs du Travail“ zu erwähnen, die ihren Sitz in Charleville hat. Sie zählt 41 Gewerkschaften, von welchen die Mehrheit, nämlich 26, der Metallindustrie angehören, und gibt ein eigenes Organ „L'Emancipation“, heraus, das wöchentlich erscheint und von dem ehemaligen Mitglied der Pariser Kommune J. B. Clement redigirt wird. Wie dieser Verband sind auch die meisten anderen aus Gewerkschaften der verschiedensten Industrien zusammengesetzt, sie erstrecken sich zum großen Theil vlos auf eine Stadt oder ein Département. Nur drei Verbände erstrecken sich über das ganze Land und das sind gerade solche, von welchen jeder nur Gewerkschaften einer bestimmten Industriegruppe umfaßt, nämlich 1. der Bucharbeiter-Verband (Fédération française des Travailleurs du Livre), der 88 Gewerkschaften zählt und ein trefflich redigirtes Wochenblatt „La Typographie française“ herausgibt; 2. der Hutmacher-Verband (Société générale des Ouvriers Chapeliers de France), der 68 Gewerkschaften umfaßt und ebenfalls ein Fachblatt „L'Ourrier Chapelier“, herausgibt; 3. der Tabakarbeiter-Verband (Fédération des Ouvriers et Ouvrières des Manufactures des Tabacs de France), der 10 Gewerkschaften zählt. Den 27 Verbänden wäre nun noch der Verband der Eisenbahnarbeiter anzuriehen, der sich im Oktober v. J. konstituiert hat und über 27,000 Mitglieder zählt. Bei dieser Gelegenheit sei auch gleichzeitig bemerklt, daß man sich gegenwärtig mit der Bildung eines Bauarbeiter-, sowie eines Metallarbeiter-Verbandes befaßt.

Viele Syndikate bezüglichweise Syndikatverbände haben Hilfskassen, Arbeitsvermittlungs-Büro, Bibliotheken gegründet oder sonstige Institutionen in's Leben gerufen. So haben 300 dieser Arbeiterkörperschaften Bibliotheken ge-

schaffen, 240 Krankenkassen, 144 Arbeitsvermittlungs-Büro, 68 Unterstützungs-kassen für Arbeitslose, 47 gewerbliche Unterrichtskurse, 31 Sparkassen, 25 Vensionskassen, 17 Konsumvereine, 13 Produktivgenossenschaften, 3 Fachschulen. Einige, wie z. B. das Syndikat der kaufmännischen Angestellten von Paris oder der Tabakarbeiter-Verband haben auch einen Rechtsbeirath, doch erwähnt der Bericht nicht denselben.

Was die politische Gesinnung der Gewerkschaften anbelangt, ist sie fast durchgehends eine sozialrepublikanische, an deren Uterschüttelkeit alle monarchistischen, clerikalischen, antisemitischen und anarchistischen Versuchungsfünste sich vergeblich versuchen. Arbeiter ohne sozialrepublikanische Gesinnung finden sich allenfalls in den gemischt, das ist aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzten Syndikaten. Ihr Charakter geht zum Theil aus deren Bezeichnung hervor. Da gibt es St. Anna-Korporationen (Schreiner und Zimmerer), St. Cyprianus-Korporationen (Schuhmacher), St. Joseph-Korporationen (Maurer) etc. Es sind Überbleibsel ehemaliger Blasphemie. Die gemischten Syndikate haben übrigens fast gar keine Bedeutung und zählen im Ganzen nicht mehr als 15,773 Mitglieder, während die Arbeitersyndikate das Dreizehnfache, nämlich 205,152 Mitglieder zählen.

Diese Zahl ist zwar im Verhältniß zur industriellen Bevölkerung auch noch eine sehr geringe; wenn man aber bedenkt, daß die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich im Ganzen eine noch recht junge ist und die Arbeitersyndikate im letzten Jahre allein — 1890 zählten sie 129,892 Mitglieder — um 55,460 Mitglieder, das ist um ein Drittel zugenommen haben, dann erscheint die Zahl in einem ganz anderen Lichte und gewinnt viel an ihrer inneren Bedeutung. Dabei muß noch bemerklt werden, daß es außer den 1250 legalen Syndikaten auch noch 120 solcher Syndikate gibt, welche nicht dem Gesetz vom 21. März 1884 nachgekommen sind, weil es ihnen noch zu „polizistisch“ erscheint. Wen die Freiheit nicht schreckt, und wen die Grenzen nicht das Urtheil trüben, wird ihnen im Prinzip kaum Unrecht geben können. Denn wogegen sie sich auflehnen, ist besonders der Paragraph 4 des Gesetzes, welcher vorschreibt, daß die Gründer jedes Syndikats nebst den Statuten auch die Namen der Personen, welche mit seiner Verwaltung oder Leitung betraut sind, bei dem Bürgermeisteramt des betreffenden Ortes, in Paris bei der Seine-präfektur, zu hinterlegen haben, daß dieser Vorgang bei jeder Veränderung der Leitung oder der Statuten zu beobachten ist und daß jedes Verwaltungs- oder Direktionsmitglied Franco se sein muß. Sie sehen nicht ein, warum sie ein tüchtiges Mitglied, weil es zufällig in Belgien, der Schweiz oder sonstwo außerhalb Frankreich geboren wurde, nicht zum Vorstand, Sekretär oder Kassirer sollen wählen dürfen und warum sie den Bürgermeister, die oft selbst Unternehmer oder mit solchen eng verbunbet sind, die Namen ihrer Leiter bekannt geben sollen. Fraglich ist es nur, ob es nicht besser wäre, sich vorläufig diesen Anordnungen zu fügen und gemeinsam mit den anderen Syndikaten, die ja diesen Verfügungen auch nicht beistimmen, auf deren Be seitigung hinzuarbeiten. Sie würben dies sicherlich um so leichter erlangen, als ja die Behörden auch jetzt nicht gegen die Gewerkschaften einschreiten, welche dem Syndikatsgesetz nicht nachgekommen sind. Rechnet man diese 102 Syndikate zu den legalen, dann erhält man im Ganzen 1352 Arbeitergewerkschaften mit ca. einer Viertelmillion Mitglieder, was für eine so junge Gewerkschaftsbewegung, wie die französische, ein sehr günstiges Resultat ist.

Paris.

Geo Frankel.

Die Schäden am alten Gesellschaftskörper und die Spuren der Heime des neuen.

J.

Wir befinden uns mitten in einer Epoche der ärgsten Widersprüche. Noch umringt uns allenfalls die Nacht des historisch Geworbenen, am Himmel aber flimmern und flackern tausend Sterne, und wer auf der Höhe der Erkenntnis steht, sieht ganz fern am Horizont einen schmalen hellen Raum aufglimmen — die Morgenröthe des kommenden Tages.

Der Staat wanzt und kracht in allen Tagen. An dem Körper der herrschenden Gesellschaft bricht eine Eiterbeule nach der andern auf. Sie vermodert und verfault bei lebendigem Leibe. Sie weilt sich nicht zu ratzen und zu helfen und ihre Leibärzte sind nicht kluger als sie. Sie lädt die studirten Heilkliniker laufen, um sich den Quacksalbern in die Arme zu werfen, und jagt diese fort, um zu jenen wieder zurückzukehren. Je mehr sie aber an sich herum kriert, desto kränker wird sie, desto hilfloser erscheint sie sich selbst, als desto ratsloser entblößt sie sich sammt ihren studirten Doktoren und unstudirten Helfern. Und schließlich verlangt sie Not und Hilfe in ihrer Verzweiflung von denen, welche sie stets als ihre grimmigsten Feinde bezeichnet und verfolgt hat, weil sie ihr von vornherein offen herausgesagt haben, daß an ihr — an der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer ganzen Wirtschaftswelt, mit der sie steht und fällt — nichts, aber auch rein gar nichts zu retten ist, und daß das Beste für sie ist und bleiben muß: der Tod, — der desto saniert und schmerzloser sein wird, je weniger sie sich dagegen wehrt und je mehr sie zu ihrer eigenen Auflösung die Hand bietet.

Das ist die Philosophie und die tragikomische Poesie der Geschichte! Dassen wir Thatsachen reden.

Als das glorreiche neue deutsche Reich gegründet ward, wurde die Friedenspräsenzstärke des Heeres festgesetzt auf 401,659 Mann. Die laufenden Ausgaben für das Heer betrugen im Jahre 1872 250 Millionen Mark. Vier Jahre später, im Jahre 1880, ward die Friedenspräsenzstärke auf 427,274 Mann erhöht und außerdem die Übungspflicht der Grabschreiber erster Classe für eine Mannschaftszahl von 16—20,000 eingeführt.

Diese angeblich unbedingt nothwendige Stärkung der Wehrkraft des deutschen Vaterlandes war nicht billig; sie kostete sogar sehr viel mehr, als man hätte glauben sollen. Aus 250 Millionen Mark laufender Ausgaben wurden im Haushaltsjahr 1880/81 328 Millionen. Sieben Jahre nachher war eine abermalige Erhöhung der Friedenspräsenzstärke wiederum ganz unumgänglich. Hatte man 1880 etwa 25,000 Mann mehr gebraucht, so waren 1887 41,145 Mann an Heereszuwachs nötig. Die stehende Armee schwoll also an auf 468,419 Mann und der Reichshaushalt von 1887/88 wies an laufenden Militärausgaben nicht mehr 328, sondern 359 Millionen Mark auf. Schon im folgenden Jahre verlangte des Reiches Wohlfahrt und Sicherheit gebieterisch, daß die Kriegsdienstpflicht erheblich verlängert würde, und unmittelbar nachher ging es nicht mehr anders, als daß die Feldartillerie um 3000 Mann verstärkt ward. 1890 ward die Friedenspräsenzstärke abermals um 18,574 Mann, also auf 486,983 erhöht. Während dieser ganzen zwei Jahrzehnte begleitete diese unaufhörliche Vergrößerung des Heeres und die unausgeglichen wachsende Vermehrung der Ausgaben für dasselbe ein fiebigerhafter Eifer in der Verstärkung der Marine. An jogenannten Ausgaben, die aber jederzeit bald in geringerem, bald in höherem Maße wiederkehren, sind seit 1872 bis jetzt, wenn wir den Haushalt-

osten für 1892/93 mitrechnen, 2630 Millionen Mark gebraucht werden. Die laufenden Militärausgaben sind von 359 Millionen im Jahre 1887/88 auf 530 Millionen für 1892/93 gestiegen und rechnet man die laufenden mit den einmaligen Ausgaben zusammen, so hat das deutsche Volk sich sein Heer während dieser zwanzig Jahre 11 Milliarden und 50 Millionen Mark kosten lassen.

Für die Zukunft soll es besser werden, — das heißt für den Reichskriegsminister. Genaueres darüber, was des deutschen Volkes eigentlich harrt, wissen wir freilich noch nicht, daß es aber sehr kostspielig sein wird, steht fest. Die erste Andeutung in Bezug auf weitgehende Pläne entstammte dem Kriegsminister von Verdy im Sommer des Jahres 1890 in der Militärrkommission, der gegenüber er seine damalige Militärvorlage nur als den ersten Schritt darstellte, zu dem vorläufig noch ferne Ziele der Ausbildung aller waffenfähigen Mannschaften für den Krieg. Der deutsche Philister hatte keine rechte Ahnung davon, was das eigentlich bedeutete, denn er war ja immer der Überzeugung gewesen, daß das deutsche Heer mit seiner so großartigen und allumfassenden Organisation ja doch schon das Volk in Waffen sei, und daß in Deutschland im Grunde jeder, der militärische Dienste zu leisten vermöchte, auch als Soldat ausgebildet würde und der Armee angehöre. Wer sich die bezüglichen Verhältnisse aber einmal des näheren angesehen hat, weiß ganz genau, daß durchaus nicht alle waffenfähigen Männer zum Militärdienst genommen, sondern jahraus jahrein ein sehr beträchtlicher Theil unter allerhand mehr oder weniger wichtigen Vorwänden zurückgewiesen wird. So konnte denn auch Eugen Richter, als der gegenwärtige Reichskanzler den oben erwähnten Plan die Wiederaufnahme des alten Scharnhorst'schen Gedankens nannte, die voraussichtliche Friedensstärke des in der angekündigten Art reformirten Heeres auf eine Million Mann berechnen.

Im nächsten Winter steht uns die neue Militärvorlage zweifellos bevor. Wir werden auf den höchsten Gipfel unserer militärischen Leistungsfähigkeit hinaufklimmen und je höher wir kommen, desto tiefer versinken wir in den Bankrott.

Hat nun die herrschende Gesellschaft auch nur die leidliche Ahnung, wie das anders und besser werkt? Könnte? Und ist diese Veränderung und Besserung nicht so kindlich einfach, wenn die Völker auf diese herrschenden Kreise, ihre Grundsätze und selbstsüchtig wahnwitzige Wirtschaftsart verzichten?

Kein einziges der Kulturböller will den Krieg. Jedes von ihnen hält die Rüstungen dazu für die allerthöchste Vergeudung ihrer Güter, und dennoch müßten die Völker diese absolut überflüssige Rüstung auf ihre Schultern nehmen und sie immer noch erschweren, obgleich sie heute schon darunter zusammenzubrechen im Begriff sind?

Diese Widersprüche, welche uns auf dem militärischen Gebiete begegnen, finden ihresgleichen überall da, wo das Leben des Staates und der Gesellschaft von heute pulsirt.

Am 31. März 1891 belief sich die preußische Staatschuld auf 5 Milliarden 692 Millionen 918 Tausend 793 Mark und sieben Pfennige. Das führende Volk in Deutschland erscheint nach dieser Beurteilung zu urtheilen als ein unsäglich armes und bemitleidenswertes. Die Gläubiger dieser Schulden, welche auf den vielen Millionen der unsäglich Armen lasten, sind die Handvoll der Reichen, welche zu demselben Volke gehören und die sich von den Armen jene reichlichen 5 1/2 Milliarden ihres Vermögens jahraus jahrein mit Prozenten belohnen lassen. Ein sehr kleiner Theil von der ganzen Summe, nämlich nur wenig über 56

Millionen werden mit 3 Prozent verzinst. Beinahe 2 Milliarden sind 3 1/2 prozentige Renten und die übrigen mehr als 3/2 Milliarden müssen mit 4 Prozent jährlich bezahlt werden.

Korrespondenzen.

Former.

Nürnberg. In der Eisengießerei von H. & C. treten Mißstände hervor, die wir an die Öffentlichkeit bringen müssen. In genannter Firma herrscht das System, daß den Formern, der Ausschluß abgezogen wird, sobald im Taglohn gearbeitet wird. Ein solcher Fall kam vor kurzer Zeit vor; zwei Formen, ein lediger und ein verheiratheter, gossen ein Stück Arbeit im Gewicht von 150 Pfund; selbiges war aber durch einen kleinen Fehler unbrauchbar. Es wurde bei Seite gestellt und mussten die Formen ein anderes machen, das aber zu allem Unglück wieder Ausschluß wurde. Daraufhin sagte der Meister Linstädt: Das wird Euch abgezogen, und wenn Ihr es Euch nicht gefallen lasst, dann kann Ihr gehen. Am Bahntage darauf war wirklich dem einen ₣ 6,08, dem anderen ₣ 4,68 abgezogen, für je 13 Stunden Arbeitzeit. Die beiden Formen begaben sich sofort in's Komptoir; es wurde ihnen dort die Antwort zu Thell, H. Kleß sei nicht da, sie sollten am Montag wieder kommen. Die beiden Formen begaben sich am Montag Früh zu H. Kleß und verlangten ihr Geld, das ihnen ungerecht abgezogen wurde, aber da kamen sie schon an, denn er sagte, er könne das Geld nicht herauszahlen, er habe zu viel Verlust. Es wurde dann von den Arbeitern zum letzten Mittel gegriffen, indem sie sagten, sie würden ihn am Gewerbegericht verklagen. Aber von einem Verfahren bei Gericht will Herr Kleß abschliß nichts mehr wissen, denn die Antwort war: Nein, nein, Ihr bekommt Euer Geld, und am Samstag könnt Ihr gehen. Und so kam es auch. Man sieht, daß diese Herren die Öffentlichkeit scheuen, denn Herr S. wurde im ähnlichen Falle schon zwei Mal verklagt und mußte jedes Mal zahlen. Diese Firma wurde auch erst kürzlich bestraft wegen zu langen Arbeiten der Lehrlinge. In dieser Eisengießerei führen zwei Formiermeister das Regiment bei 28 Formen. In dem hier aufgeführten Falle ist nicht Herr Kleß allein schuld, sondern der Gießmeister Linstädt, welcher überhaupt den ganzen Tag in der Firma herumläuft und den Formern fast die Finger wegit. Bei jedem geringen Ausschluß, der vorkommt, heißt es von S.: Das wird Euch abgezogen, und wenn es Euch nicht recht ist, dann kann't Ihr gehen. Juwir hat man diese Regel bei den Bediengen probiert, die haben es sich nicht gefallen lassen, jetzt fängt man bei den Verheiratheten an, um sie, wenn sie nicht Ja dazu sagen, auf die Straße zu setzen und durch billigere Arbeiterkräfte zu ersetzen.

Stockerau (Oesterreich). In der hier befindlichen Eisengießerei und Maschinenfabrik Weipert u. Söhne, Inhaber Ingenieur D. Huhn befindet sich seit sehr kurzer Zeit ein Vorarbeiter namens Hublik, der einem alten, lästigen Arbeiter aufgeschaut zu gießen, was derselbe des folgenden Materials halber nicht thun wollte. Als er es mußte, war das Stück Ausschluß, wofür er nichts bekommt, dafür aber von dem Antreiber Gel und dergl. geheissen wurde. Der Arbeiter aber gab ihm sofort die gehörige Antwort mit dem in seiner Faust befindlichen Stampfer. Da der Inhaber nicht anwesend ist und die Sache daher noch nicht ausgetragen werden konnte, so beschlossen die Arbeiter die Sperrre über die Fabrik zu verhängen, um dann leichter das Mögliche veranlassen zu können, wenn der Arbeiter, sein Name ist Glaser, gemahngeregt werden sollte. Zur Kenntnis noch, daß die Firma jetzt zwei Antreiber besitzt, den Meijer und den sauberen Vorarbeiter, um stets einen vorräthig zu haben, da ihnen alle Augenblicke einer davonlaufen. Daher ist Zugang dringend fern zu halten. Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck erjucht.

Wiesa. Die Gießer bei der Firma Dittmar stellten am 12. April die Arbeit wegen Bohndifferenzen ein. Es verließen 38 Arbeiter die Fabrik mit der Forderung, daß der Gießmeister entfernt werde, da selber der Urheber der Differenzen ist.

Metall-Arbeiter.

Altona. Versammlung der Sektionen der Schlosser und Klempner am 5. April. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt war, ertheilte der Vorsitzende dem Reichstagabgeordneten W. Megger das Wort zur Berichtigung vom Gewerkschafts-Kongress. Stedner legte in längeren Ausführungen sein, sowie sämtlicher Delegirten des Metallarbeiterverbandes Verhalten auf dem Kongress klar, womit sich die Versammlung durch Beifall einverstanden erklärte. In der Diskussion über diesen

Punkt griff der Vorsitzende der Sektion der Schlosser, Grohwann, (nebenbei getagt Anhänger des Schlosserverbandes. D. Schrifts.) Herr Megger, sowie die anderen Delegirten des Metallarbeiterverbandes heftig an, wurde aber von Kröner und Megger gebührend gerechtgewiesen. Im zweiten Punkt wurde ein Vergütungskomitee von 15 Mann zu der am 26. Juni stattfindenden Dampfer-Tour gewählt. Die 15 Mann sind: Krimson, Ehrgardt, Grünzweig, Hornbogen, Lehrmann, Meyer, Schubert, Kröner, Finkenstedt, Großmann, Lenz, Scheel I., Schäfer, Grabert und Scheel II. Nach Erledigung einiger inneren Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bielefeld. Die bessige Verwaltungsstelle des D. M.-V.-B. hielt am 9. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1) Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2) Regelung der Zeitungsfrage. 3) Verschiedenes. Der erste Punkt fand in Stärke seine Erledigung, indem sich 7 Kollegen neu aufnahmen ließen. Zum 2. Punkt wurde beschlossen, die Regelung der Zeitungskolportage dem Vorstande zu überlassen. Bei Verschiedenem erklärte Kollege Jabs, daß der 1. Bevollmächtigte, Kollege Döbel, welcher heute leider an seinem Hause durch Familienangelegenheiten verhindert sei, infolge seiner Aktion gemahngeregt worden ist, weshalb es wünschlich jedes Kollegen sei, den beiden zu unterstützen und wenn möglich mitzuwirken, ihm eine unabhängige Stellung zu verschaffen, damit er nach wie vor in unserer Mitte weilen und weiter agitieren könne. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission aus 3 Mitgliedern gewählt, welche sich mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen hat. So dann erklärte Döbel, daß er sein Amt als Schriftführer niederlegen müsse, da er ebenfalls gemahngeregt und daher gezwungen sei, abzurücken, denn wie aus unterrichteter Quelle verlautet, hätten sich die hiesigen Fabrikanten vereinigt, ein Jahr lang keinen Arbeiter einzustellen, der aus der Fabrik von Baer u. Tempel entlassen wurde. Kollege Döbel erzählte noch der Polizei-Inspektor König habe ihn, der sich ja sonst agitatorisch nicht bewegt habe, bei Anmeldung der bekannten Protestversammlung gefragt, wo er arbeite; Stedner habe sich bei dieser Frage anfangs nichts gedacht und ruhig geantwortet. Zwischen sei ihm die Vermuthung gekommen, daß er wohl klüger gehandelt hätte, wenn er diese Frage garnicht oder unrichtig beantwortet hätte, denn ein Nicht stünde der Polizei ja nicht zu, derartige Fragen an den Einberufer einer Versammlung zu richten. Kollege Jabs kritisirte hierauf die Zustände in der Fabrik von Baer u. Tempel und erzählte, daß dort ein Verwunder des Meisters Dreisel in 14 Tagen 58-62 ₣ verdient habe, trotzdem derselbe gar kein Metallarbeiter, sondern gelernter Schneider ist und auch erst seit ungefähr 1/4 Jahren in der Fabrik thätigt wäre, währendem gelernte Schlosser und Dreiser mit einem 14-tägigen Arbeitsverdienst von 30-40 ₣ nach Hanse gehen müssen. Außerdem würden diese noch mit einem Abzug von 20-30 Proz. bedacht, während der Schneider von einer derartigen Verkürzung verschont geblieben ist. Sodann wurde noch für den ebenfalls gemahngeregten Kollegen Schwarze eine Unterprüfung von 15 ₣ bewilligt und demselben nach Schluß der Versammlung noch die durch freiwillige Sammlung aufgebrachte Summe von ₣ 8,25 überreicht. Zum Schluß forderte Kollege Jabs alle Mitglieder auf, auf's kräftigste für die Ausübung unseres Verbandes zu sorgen, um dem übermächtig vordringenden Kapitalwirksam entgegen treten zu können und endlich menschliche Zustände auch in den hiesigen Fabriken mit herbeizuführen zu helfen.

— Einem warmen Scheidegruß spendet durch Vermittelung der „Deutschen Metallarbeiter Zeitung“ die Verwaltungsstelle Bielefeld den beiden gemahngeregten Kollegen Döbel und Schwarze, welche am Montag den 11. April von hier abgereist sind, weil ihnen hier die Freiheit durch die Unternehmer abgeschnitten worden ist. Beide Genossen haben sich als treue und opferwillige Kollegen bewährt und wird ihnen daher bei den Mitgliedern der Verwaltungsstelle ein dauerndes Andenken bewahrt bleiben. Nicht als Körbler, welche mit ihren Kollegen in Unstaden leben, haben sie den Staub Bielefeld abgeschüttelt; sie sind vielmehr zur Freiheit gezogen, weil sie den einzigen Weg bahnen helfen wollten, auf welchem auch die hiesigen Arbeiter aus Verhältnissen herausgegangen können, die nothwendig Unzufriedenheit hervorrufen müssen. Das Wesen und Treiben des profitwütigen Kapitals haben beide Genossen im ganzen Übereinander gelernt, hoffentlich stoppern beide nicht über eine gesetzliche Schiene und gelingt es ihnen, sich anderswo eine neue Existenz zu gründen.

Cannstatt. In der Monatsversammlung am 2. April wurden 3 Mitglieder aufgenommen und 9 Mitglieder auf Grund des § 3 ausgeschlossen. Bei der Erstwahl eines Ortsbeamten wurde für das erkrankte und deshalb zurückgetretene Mitglied Groß-

mann Kollege Ulbstein gewählt. Als vierter Vertreter bei der Gewerkschaftsvereinigung wurde Kollege Küh bestimmt. Der Bericht über Gewerkschaftsangelegenheiten wurde durch den Bevollmächtigten erledigt. Bei Fragestunden und Beschiedenes kam zunächst eine Beschwerde zur Sprache, welche ein durchreisender Kollege gegen unseren Vorsitzenden brachte. Eine weitere Frage über die Resultate unserer Verbandsverwaltung erregte eine lebhafte Debatte, deren Resultat dahingehend stand, daß wenn unser Verband auf die Dauer bestehen soll, die Verwaltung auf die eine oder andere Weise mehr Überthus zu ergreifen suchen müsse. Von einer Seite wurde beauptet, daß unsere Fachpreise zuviel Kosten verursache gegenüber Ihren Leistungen, die in Anbetracht dessen, daß doch bereits jedes Mitglied eine politische Aktion leistet, in sachtechnischen Fragen unerträglich sei. Schließlich wurde der Bevollmächtigte beauftragt, leichtere Frage an nachgekommenden Stellen anzugeben, was hiermit geschieht. (Wir bemerkten zu dieser Frage zunächst, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ kein sachtechnisches Blatt ist und auch niemals ein solches werden könnte, das einzigermaßen im Stande wäre, allen Anforderungen in dieser Beziehung zu entsprechen. Selbst bei mangelhafter sachtechnischer Leistung würden aber die Kosten so hohe sein, daß die Erfüllung des Wunsches der Cannstatter Genossen nach höheren Überthussen für immer aussichtslos wäre. Die deutsche Gewerkschaftspresse ist allmählich fast durchwegs dahin gekommen, auf sachtechnische Leistungen zu verzichten. Das jedes Mitglied des Verbandes eine politische Arbeiter-Zeitung liest, das ist nicht einmal in Städten, in denen ein solches Blatt erscheint, der Fall, in anderen Städten erst recht nicht. — Was die Kosten der „Metallarbeiter-Zeitung“ d. B. betrifft, so kann konstatiert werden, daß sie die niedrigsten sind, die ein Gewerkschaftsblatt aufzuweisen hat. — Wenn unsere Verbandsfasse bisher keine höheren Überthussen erzielte, so sind doch verschiedene Ursachen dafür maßgebend: 1) Die Einrichtung des Verbandes, das Material etc., was mit großen Kosten verknüpft war. 2) Die starke Anspruchsnahme des Verbandes durch die reisenden Kollegen (es wurde in den ersten 5 Monaten der vierte Theil der Gesamtteilnahme nur für Reiseunterstützung veranschlagt). 3) Die vielen restirenden Beiträge, wobei teilweise an den schlechten Geschäftsverhältnissen liegt, teilweise an schlechter Einsammlung der Beiträge. Gingen die Beiträge vollzählig ein, so würde die Hauptkasse besser bestellt sein. Man sorge nur überall für richtigen Eingang der Beiträge. Doch trotzdem wissen wir ein probates Mittel, die Kasse besser zu stellen. Am 31. Dezember wiesen die Verwaltungsstellen einen Kassenbestand von über 8000 ₣ auf. Wenn daher die Verwaltungsstellen alle überschüssigen Summen an die Hauptkasse senden würden, sofort änderte sich das Bild. Die Red.)

Erlangen. Wir nehmen von einer nochmaligen Einwidderung auf das Eingefordert des Herrn Fröse Abstand, da sich dieser Herr durch seine Erwähnung nur selber bloßgestellt hat, wir erachteten die Sache für erledigt. Da noch immer alle Briefe u. s. w. an Fröse adressirt werden, so machen wir nochmals bekannt, daß unser ehemaliger Vorsteher, der Former F. Brantl, 1. Niederschlag 1a, ist, und daß wir ferner alle Briefe, die erst gebrochen an uns gelangen, unberücksichtigt lassen.

Göttingen. Am 16. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in der Genosse Scherm aus Nürnberg über den Werth der Organisation referierte. Es wurde darauf eine Verwaltungsstelle des D. M.-V.-B. gebildet. In die Verwaltung wurden gewählt: Mich. Klein, Fellerhauer, südl. Stadtmauerstr. 7, als Bevollmächtigter, Wolfrum, Schmid, als Kassir, die Schlosser Erbe, Ginkel und Fuchs als Revisoren.

Güstrow. Über die Zustände in der hiesigen früheren Maschinenfabrik, jetzigen Waggonfabrik, ist schon des Desteren berichtet. Die Zustände haben sich für die Arbeiter in der Gegenwart noch bedeutend verschlechtert. Ja, es hat fast den Anschein, daß gründlich abgewirtschaftet werden soll. Die Festschmiede, die Maschinenwerkstätte, die Formerei sind ganz verschwunden, die letztere liegt im Sterben und wartet nur auf's Begraben. Es hat hier der reine „Ausverkauf“ Platz gegriffen; Formkosten, Modelle, geben für einen Spottpreis Waggonweise nach Wismar. Mancher alte Arbeiter schlägt bedenklich den Kopf hierzu und fragt sich: wie soll es in der Zukunft werden? Der Waggonbau, der jetzt florirt, soll das Ausbeutungsobjekt bilden, um die Profitier zu befriedigen. Ob aber die Dividenden dem Waggonbau oder dem oben angeführten „Ausverkauf“ entspringen, möchte ich den

Herren Aktiören ratzen zu untersuchen! Doch was kümmert's uns; das Beste wäre, wenn solche unhalibare Verhältnisse so rasch wie möglich ein Ende nehmen. In der Formerei waren voriges Jahr 56 Formierthätig, jetzt 9, und diese arbeiten im Altkorb bei 10 bis höchstens 15 M. Nun zu dem Leiter des Fabriksements, Herrn Oberingenieur Helle. Diesem edlen Streber vor dem Herrn sind die hier so schändlichen Arbeitsverhältnisse fast allein zu danken. Oder tragen die Arbeiter auch ihr Schall dazu bei? Die Arbeitszeit im Waggonbau ist eine 11- bis 18stündige, der Verdienst schwankt zwischen 12 bis 20 M., auch sind einige sogenannte Kolonnenführer da, die durch ihre Uebervortheilung, die sie an den Arbeitern ausüben, mit 40—60 M. entlohnt werden. Wenn man bedenkt, daß nur im Altkorb gearbeitet wird, und um 12—20 M. verdiensten zu können, die Arbeit keine Arbeit, sondern die reine Schinderei ist, wenn man die Grobheiten z. d. Herrn Helle bedenkt, so muß man unwillkürlich fragen, ob es möglich ist, daß die Arbeiter sich nicht endlich aufraffen und fest zusammenzuschließen, um dann gemeinsam gegen solche menschenwürdigen Zustände Front zu machen? Schreiber dieses war in der letzten Zeit als Buschläger beschäftigt und machen wir an den Hauptplänen der Acksenfedern die Augen das Stück für 25 M. Wir könnten bei Ausstrengung unserer ganzen Arbeitskraft höchstens 24 Stück fertig bringen, macht 6 M. für zwei Mann. Ich hatte als Buschläger durch Einflussnahme des famosen Progentages M. 2,40 verdient. Um entweder höheren Lohn für die Arbeit zu erlangen oder andere Arbeit, wondre ich mich an Meister Schmidt, welcher mich aber an Helle vertrat. Da kam ich denn auch bei dem rechten an. Mit den Worten: was wollen Sie? fuhr er mich an. Ich ließ mich aber durchaus nicht abschrecken, sondern brachte mein Anliegen in Ruhe vor.

Sie wollen die Arbeit nicht machen? Andere Arbeit soll ich Ihnen geben? Fällt mir gar nicht ein! Scheren Sie sich sofort an Ihre Arbeit! Mehr Lohn gibt's nicht. Wenn Sie die Arbeit nicht machen wollen, machen Sie, daß Sie 'raus kommen!" — war die in höchster Erregung gesprochene Antwort. Auf mein Einwenden, daß ich die Arbeit nur um 3 M. täglich machen würde, kam ein förmlicher Wutausbruch: Sie brauchen ja gar nicht zu arbeiten, Sie können sich ja von der Agitation ernähren! Sie Sozialdemokrat, agitieren Sie doch, dann leben Sie besser. Nun war's aber auch genug und bekam dieses Mensch sein wollende Individuum auch meinerseits keine Schmelzeleien zu hören, was zur Folge hatte, daß ich sofort entlassen wurde. Nun, Ihr Metallarbeiter Güstrow's, Ihr wißt ja am besten, daß nur durch gewisse Manipulationen die Einzelnen im Stande sind, einen hohen Lohn zu erzielen. Geht in Euch vereinigt Euch im Verband, um so gemeinsam gegen solche der Menschheit entwürdigende Zustände zielbewußt anzuämpfen zu können. Kommt endlich zum Bewußtsein Eurer Klassenlage, erkennt Euren Feind. Erwacht aus Eurer Gleichgültigkeit, erkennt Eure Stärke und handelt darnach.

Guben. 3. April. In der heute hier in der Reichshalle abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung referierte Herr M. Berndt über: "Die Hirsch-Dunker'schen Vereine und die moderne Arbeiterbewegung." Er schilderte die Arbeiterbewegung, wie sie vor der französischen Revolution gewesen und sich nach und nach verändert und jetzt in den im Thema genannten beiden Richtungen vertreten sei. Er führte an der Hand von Beispielen aus, wie die Hirsch-Dunker'schen Gewerbevereine mit ihrem Spar- und Kassenystem eigentlich keine Arbeiterbewegung seien, sondern höchstens die Karikatur einer solchen. Denn, wenn es auch unter einem einzelnen Arbeiter unter besonders günstigen Umständen möglich sei etwas zu sparen, so könnte das doch bei der großen Masse der Arbeiter nicht der Fall sein. Referent führte weiter aus, wie diese wenigen Glückspilze mit ihren paar Mark, gesellschaftlich vereinigt, doch nicht im Stande seien, mit den mit Millionen in den Aktiengesellschaften vertretenen Kapitalisten zu konkurrieren. Im zweiten Theil seines Vortrages erläuterte der Redner den Anwesenden, wie nur die im Sinne der modernen Arbeiterbewegung organisierten Gewerkschaften und Verbände bestrebt seien, die wahren Interessen der Arbeiter zu vertreten und wie es gerade diesen, Dank ihrer Organisationsform, möglich sei, die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe zu unterstützen. Er richtete an die Anwesenden die Bitte, doch recht zahlreich diesen Organisationen beizutreten und ja nicht in die Hirsch-Dunker'schen Fußstapfen zu treten, um als Kassensenschen zu versinken. In der darauffolgenden Diskussion meldete sich ein anwesender Tischlermeister zum Wort, um auszuführen, daß die ganze wirtschaftliche Misere durch die Ma'dine verschuldet würde und dieselbe daher abgeschafft werden müsse. Er wurde jedoch von seinem an-

wesenden Kollegen Haubendorf dahin belehrt, daß dieses der Kunst direkt entgegen läuft und wir dann gleich lieber die Tischlerei aus- und die Kleinhandelshäuser wieder anziehen könnten; denn ohne die Maschine würde es wohl nicht möglich sein erstere zu tragen. Nachdem der die Maschinen zerstören wollende Tischlermeister seine falsche Ansicht eingesehen und der Versammlung zugestanden hatte, entfernte er sich mit den Worten: "Adieu, meine Herren, es hat mir gefallen, ich komme wieder!" Von den Hirsch-Dunker'schen war Niemand erschienen, da der Vorstand des Ortsverbandes in zwei hiesigen Blättern veröffentlicht hatte, daß er sich von der Versammlung fernhält. Sebenfalls ein Beugnis seiner geistigen Stärke. Nachdem noch ein Kollege im Sinne des Referenten gesprochen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der hiesigen Schleifer fand am 1. April bei v. Salzen, Caffamacherreihe, statt. Nachdem der Schreiber die Versammlung eröffnet, wurde das Bureau gewählt; dasselbe wurde zusammengelegt aus Paulin, Wiedemann und Lenz. Dann gab der Vorstehende zum Vortrage über den Zweck und Grund der Versammlung dem Referenten Breidenbach das Wort. Derselbe legte klar, daß eine Organisation aller Gewerke stattfinden müsse, und sei es auch Pflicht der Schleifer Hamburgs, sich einer Organisation anzuschließen, damit sie nicht der willkürlichen Behandlung des Kapitals unterworfen bleibe. Besonders sei es Pflicht, daß ein Anschluß an den Metallarbeiterverband geschehe, damit ihre Rechte vertreten und gewahrt würden. In weiterem Verlauf der Diskussion legte Redner dar, daß durch die Trennung der Arbeitsmittel vom Arbeiter die Proletarisierung der Handwerker eingeleitet und vollendet würde. Mit treffenden Worten führte er die Unsicherheit der Existenz, die Zunahme des Elends, die Knechtung des Arbeiters und Handwerkers vor. Der Arbeitslose wäre der brutalen Willkür des Kapitalismus resp. der Fabrikanten unterworfen, und würde von diesen, anstatt nach Christenpflicht unterstellt, noch immer lieber gedrückt, ihm das letzte Mark aus den Knöchen gesogen. Jetzt habe der Mittel- resp. Arbeitslose ein schlimmeres Los, als früher der geweihte Slave. Um diesem Verfall des Arbeiterstandes entgegenzutreten, müsse es als heilige Pflicht der Arbeiter betrachtet werden, durch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf sich das Recht auf Arbeit, die Freiheit der Arbeit zu erringen. Dies geschehe für unsere Branche durch den Metallarbeiterverband, welcher unter der Devise arbeite: "Erst die Anderen, dann komme ich!" — Wenn dieses Ideal unter allen Metallarbeitern verbreitet wäre, so hätten wir bald den Sieg errungen. Redner erklärte die Statuten des Metallarbeiterverbandes und sagte u. A., daß die Zentralisation der gewerkschaftlichen Bewegung von Allen erstrebt werde. Er halte den Streit um die Form der Organisation für einen müßigen, der den Arbeiter nur schädige. Der Einzelne könne irren, die Allgemeinheit aber auf die Dauer nie. Unstreitig strebe die deutsche Arbeiterschaft den Industrieverbänden zu, und jüge unter dieser Form ihre Macht zur Geltung zu bringen. Entschieden verurteilte Redner die sogenannte Konkurrenz-Organisation, die aus persönlichen Motiven den Kampf forsetze, anstatt sich mit der Organisation der Metallarbeiter zu vereinigen und die ganze Streitkraft dem gemeinsamen Feinde entgegenzustellen. Davor fordert zum Schluß auf, daß Alle mit in den Kampf eintreten und stellte den Antrag: "Die Schleifer Hamburgs beschließen in heutiger Versammlung, sich dem deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen." Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Über die Frage, ob eine Sektion gebildet werden soll, oder ob sich die Schleifer der Sektion der Gelbgießer und Gütler anschließen, wurde eine längere Diskussion geführt, in welcher Paulin, Urbart, Welz, Nispel und Kling für den Anschluß an die Sektion der Gelbgießer und Gütler eintraten. Es wurde letzterer Antrag angenommen. Der Referent Breidenbach sprach das Schlußwort, worin er hervorhob, daß es sich nicht mit der Ehre eines Arbeiters vereinbaren lasse, wenn die Anwesenden ihr Wort geben und es nicht halten. Er hoffte, daß jeder seiner Pflicht nachkomme. Nachdem die Versammlung dem Referenten für den Vortrag ihren Dank ausgesprochen, salloß der Vorstehende mit einem Hinweis auf die Versammlung zur Deckung der Kosten die Versammlung.

Bayrau (Schlesien). Zugang von Schlossern, Schmieden und Tischlern ist fern zu halten. Streit wegen Fabrikordnung ausgebrochen.

Leipzig. Am 5. April fand in den Volkshallen eine Mitgliederversammlung des Metallarbeitervereins statt. Über die Stellung der Frau in der Gegenwart referierte Kollege Michel. Redner erläuterte die Rechte, welche die Frau cinnahm in der früheren indischen Gesellschaft, in der Familie, sowie

in der Gemeinde. Es liese uns dieses ein drastisches Gegenstück zu den Rechten der Frau, welche sie in der Zeitzeit genießt, wo sie fast aller Rechte beraubt, nur eine untergeordnete Stellung in der menschlichen Gesellschaft einnimmt. Die Entwicklung der Neuzeit, die Einführung der Maschine, der Untergang des Kleingewerbes, erfordert, daß die Frau, welche gemeinsam mit dem Mann um's tägliche Brod in den Fabriken ringt, sich gleich diesem der modernen Arbeiterbewegung anschließt und den Kampf aufnimmt für Erringung besserer Verhältnisse. Ohne in eine Diskussion einzugehen, wurden die Mitglieder von dem Vorstehenden ermahnt und aufgefordert, eine rege Agitation für den Verein zu entfalten, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Magdeburg. Am 2. April hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. A. V. ihre regelmäßige Versammlung ab, welche trotz der wichtigen Tagessordnung und gelegender Bekanntmachung nur mäßig besucht war. Zum 1. Punkt: Abrechnung von Monat Januar-Februar, berichtete der Kassirer Mich. Uhlig: Einnahme M. 182,88, Ausgabe 167,70, Kassenbestand 15,18. In den zwei Monaten wurden im Ganzen 70 Fremde unterstellt mit M. 86,15 für 4307,5 km à 2 M. und 10 M. für 10 Tage à 1 M. Summa M. 15,15. Nach Berufen geordnet erhielten: 28 Schlosser M. 31,61, 20 Formier 30,76, 16 Klempner 21,6, 5 Felsenhauer 4,96, 2 Dreher 1,92, 1 Stoßgärtner 2,82, 1 Kupferschmied 1,20, 1 Eisenhauer 1,20, 1 Blinngießer 1,02. Bestand der Mitglieder laut voriger Abrechnung 106, neu eingetreten 17, übergetreten 16, abgegangen 24, Bestand 115 Mitglieder. Der Kassirer M. Uhlig legte sein Amt nieder und wurde an dessen Stelle Kollege Julius Biewweg einstimmig gewählt. Die Wahl eines Nebenkossels fiel auf Kollegen Albin Hering. Zu "Vereidenes" führte ein Kollege an, daß der Verband nicht bloß da ist, um die Fremden zu unterstützen, es muß ein Fonds angehäuft werden, damit, wenn Streiks ausbrechen, man nicht gleich den andern Tag mit Sammelstift an uns herantritt. Die Fremden müssten immer und immer wieder nach den Fabriken gehen und um Arbeit nachfragen, damit die Herren auch sehn, daß wirklich Freiheit vorhanden ist; denn dadurch, daß wir die Reisenden allein unterstützen, wissen die Herren gar nicht, wie groß das Heer der Arbeitslosen ist. Kollege Lankau war entgegen gesetzter Meinung. Der organisierte Arbeiter wird durch die Reiseunterstützung sich nicht so leicht für einen billigeren Preis anbieten, auch der verherrachte Arbeiter ist durch die Reiseunterstützung widerstandsfähiger gegen den Unternehmer. Mit den großen Fonds sei es auch nicht immer möglich, einen Streik siegreich durchzuführen, der besser Beweis dafür ist der Buchdruckersstreik; die große Masse muß zur Organisation herangezogen werden; durch regelmäßige Beiträge bei Streiks, welche dann sehr niedrige sind, ist mehr zu erreichen. — Der Kassirer J. Biewweg ist jeden Sonnabend von 8½—10 Uhr Abends in der Herberge Braunebirgsstraße 8 anwesend und können daselbst die Mitglieder ihre Beiträge entrichten, sowie auch die uns noch Fernstehenden sich in den Verband aufzunehmen lassen. — In der nächsten Versammlung hält Herr Dr. H. Bug einen Vortrag über den "Fortschritt der Technik". Wir erfüllen die Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Nordhausen. Hier hat sich eine Filiale des deutschen Metallarbeiterverbandes gebildet. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Aug. Bäpfl, Bevollmächtigter, Heinrich Böckeler, Stellvert., Aug. Wiss, Fred. Schäfer, Otto Bangenau, Revisor. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 21 Mann von verschiedenen Branchen. Es ist dies ein verschwindend kleiner Bruchteil der hiesigen Metallarbeiter, wovon ca. 300 Mann beschäftigt sind; hatte doch der frühere Metallarbeiter-Fachverein beinahe 100 Mitglieder. Schuld an der schwachen Beteiligung trägt auch die allgemeine Geschäftskrisis. In verschiedenen Fabriken wurden vergangenen Winter mit kaum nennenswerthen Unterbrechungen dreiviertel Schichten gearbeitet, auch wurden die Preise gehörig reduziert. Jetzt geht es etwas besser, die Löhne sind jedoch dieselben geblieben, wodurch noch geringer geworden. Zum Schluße möchten wir den Mitgliedern noch an's Herz legen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, dieselben finden alle 14 Tage, Sonnabends, im "Schützenhause" statt, und mit den Beiträgen nicht zu restiren, denn bei jüngerer Zeit fällt es jedem schwer zu bezahlen, wenn er längere Zeit seinen Pflichten nicht nachgekommen ist. Ferner fordern wir alle Metallarbeiter von Nordhausen auf, sich dem Verband anzuschließen, denn es ist nur zu ihrem Besten, hier finden sie ihre Interessen voll und ganz vertreten.

Königsberg. In der am 3. April im Lokale des Herrn Schneppendahl stattgefundenen leider schwach besuchten Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes hielt zunächst Kollege Goehr einen Vortrag über das sogenannte Arbeiterschulgesez. Besonders beleuchtete Redner die §§ 134 bis

184 h, welche sich mit den neu einzuführenden Fabrikordnungen befassen, woran sich eine rege Diskussion knüpft. Ferner wurde eine Kommission gewählt, welche Beschwerden untersuchen soll. Sodann thießte der Bevollmächtigte mit, daß die Beschwerde, betreffend Ausweisung einer Dame durch den überwachenden Polizeikommissär Doehler auf einer Mitgliederversammlung, nun mehr von Herrn Obersturmgruppenführer v. Böhmen nach § 8 des Vereinsgesetzes als unbegründet zurückgewiesen sei, er sich aber nicht zurückhalten lasse, sondern den weiteren Beschwerdegang verfolgen werde, damit endlich einmal Klärheit in dieser Sache geschaffen werde.

Kadaberg i. B. Nachdem am gestrigen Orte die Metallarbeiter sich in geringer Anzahl am Metallarbeiterverband beteiligten, was seine Ursache darin hatte, daß der Unterschiedsnutz noch sehr stark war und sich die Gewerbevereinler als die alleinigen Vertreter der Arbeiterinteressen ausspielten, ist es uns doch gelungen, für unsere gerechte Sache Boden zu gewinnen. Am Sonntag, den 10. April, tagte hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung im Restaurant zum Fürsthaus, welche sich durch ihren zahlreichen Besuch auszeichnete. Kollege Haas aus Dresden hatte das Referat übernommen. Thema: Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Ausgehend von dem alten Sprich- und Wahrwort: "Vereinigt sind wir Alles, vereinzelt Nichts", wußte Redner durch die sich vom Handwerk bis zur jüngsten Großproduktion entwickelten krassen Klassengegenseitigkeit nachzuweisen, daß nur durch ein Zusammenhalten den Arbeitern die Möglichkeit geboten ist, sich vor den Ausbeutungen der Unternehmer zu schützen. Als Beispiel führte Redner die Lage der englischen Arbeiter an, wo bekanntlich die Maschine zuerst eingeführt wurde. Nur durch festes Zusammenhalten und Gründung großer Organisationen war es möglich, die Vortheile, welche die englischen gegenüber den Arbeitern anderer Kulturländer haben, zu erringen. Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters sei es nun, für Organisationen, welche den edlen Zweck verfolgen, gegen die Ausbeutung des Unternehmers zu schützen, mit aller Kraft einzutreten; dies ist nur möglich, wenn alle den gewerkschaftlichen Organisationen angehören. Großer Beifall lohnte den Gewerken Haas für seine trefflichen Ausführungen. In der darauffolgenden Debatte, an welcher sich verschiedene Kollegen und Genossen beteiligten, kam unter Anderem das Verhalten der hiesigen Gewerbevereinler zur Sprache. Die Herren, welche den Mund immer ziemlich voll nehmen, jedoch wenn es gilt, sich mit den Gegnern zu messen, fühlten sich zufrieden, glänzten auch hier durch ihre Abweisenheit, trotzdem sie vorher erklärt hatten, uns gründlich lahm zu legen, ein Beweis, wie feindselig Kinder sie sind. Nachdem nun noch die Zwecke und Ziele der Gewerbevereine erläutert wurden, zeigte es sich, daß mit der Harmoniebusse dieser Herren nicht das erreicht wird, was die Endziele einer praktischen und gesunden Arbeitervereinigung sein sollen. Es erfolgte noch die Wahl eines Vertrauensmannes und stellte sich dabei heraus, daß ca. 45 Mitglieder für die wahren Prinzipien des Metallarbeiterverbandes gewonnen waren. Kollege Haas wurde hierauf beauftragt, die Interessen der Metallarbeiter Kadabergs auf der in Döbeln stattfindenden Delegiertenkonferenz mit zu vertreten. Vor Schluß der Versammlung wurde noch folgende Resolution verlesen: "Die heute im Fürsthaus tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den trefflichen Ausführungen des Kollegen Haas aus Dresden voll und ganz einverstanden und verspricht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Interessen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes einzutreten." Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Stuttgart. Unter zahlreicher Beteiligung fand am 10. April die Beerdigung des Genossen Edmund Goldbach vom Marienhospital nach dem Fangelsbachfriedhof statt. Außer den Mitgliedern der hiesigen Fachvereine und des sozialdemokratischen Vereins Stuttgart hatten sich Deputationen der Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes von Cannstatt und Esslingen eingefunden, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Die Grabrede hielt nach einem erhabenden Gorgegang der Biedertafel "Bassalla" Genosse A. Schäfer. In ergreifender Weise schilderte er das eine Seide von beiden und Verfolgungen darstellende Leben des Verstorbenen. Kränze wurden gewidmet von: der sozialdemokratischen Partei in Leipzig, den Parteigenossen von Leipzig-Ost, wo der Verstorben vor seiner Berufung nach Stuttgart Vertrauensmann gewesen war, dem sozialdemokratischen Verein Stuttgart, dem deutschen Metallarbeiterverband, dem Vorstand desselben, der Verwaltungsstelle Stuttgart, der Sektion der Kesselschmiede in Cannstatt, den vereinten Fellenhauern und Metallarbeiter von Esslingen, den Metallarbeiter Leipzig und der Redaktion der

"Deutschen Metallarbeiter-Zeitung". Nach einem Chorgesang der Tafel "Bassalla" fand die Feier einen würdigen Abschluß.

Schmalkalden. Am 2. April fand im Hotel des Herrn Wolf hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung des D. M.-V. statt. Zum ersten Punkt bemerkte der Kassier W. Besser, daß eine ganze Anzahl Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand seien, und erfuhr um pünktliche Bezahlung. Genosse Hugo sprach unter Verschiedenem nach Vorlesung eines Artikels aus der "Metallarbeiter-Zeitung" in längeren Ausführungen unter allgemeinem Beifall über die von einem Mitgliede gestellte Frage: "Wodurch ist es möglich, die Arbeiter zu unterstützen?" Nebner betonte ganz besonders, daß nur durch eine starke Vereinigung und Betheiligung eines jeden Arbeiters an der Arbeiterbewegung im Allgemeinen der Unterdrückung ein Ende zu machen sei. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, besonders hier am Orte, wo der größte Theil der Arbeiter trotz der Hungersöhne die Großen noch für allerhand Zugeständnisse steuert, dagegen ihre für sie mittäufenden Arbeitgeber noch mit einer gewissen Geringfügigkeit betrachtet, sei allerdings nichts anderes zu erwarten. Hier seien die Scheller selbst schuld. Unverantwortlich sei es und tief bedauerlich, wenn Mitglieder 8 bis 10 Wochen die Zeitung unentgeltlich beziehen und dann den Verein im Stiche lassen, diese seien mehr zu verurtheilen als die dem Verein bis jetzt noch gänzlich Fernstehenden. Wenn der ernste Hille da sei zu bezahlen, so kann jeder die 15 ₣ die Woche aufbringen. Und da hier vom Verbande schon verschiedenen Unterstützung gewährt worden sei, so dürfe doch kein Zweifel über den Nutzen und die Bedeutung desselben mehr obwalten. Pflicht eines jeden ehrlich und recht denkenden Arbeiters sei es, unaufhörlich für die weiteste Verbreitung unsererstreben zu agitieren und nicht eher nachzulassen, bis der lezte Metallarbeiter dem Verband zugeführt ist. Mit einem Hoch auf den Verband schloss die interessante Versammlung.

Tönning. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 2. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Velder war dieselbe so schwach besucht, daß sie garnicht beschlußfähig war, so doch einige wichtige Sachen bis zur nächsten Versammlung unerledigt blieben. Ich möchte doch den Mitgliedern unserer Verwaltungsstelle an's Herz legen, sich etwas fester unserem Verbande einzuhüllen. Doch scheinen es bis jetzt in den Wind gesprochene Worte zu sein, da die Mitglieder eher an allen anderen Orten zu treffen sind, als wie im Verleihlokal am Verzählungsabend. Ein solch lämmertlicher Besuch der Mitgliederversammlung sollte doch wahrhaftig nicht vorkommen. Statt sich zu bemühen, immer mehr Mitglieder heranzuziehen, besucht man jetzt nicht einmal die Versammlung, das heißt doch wirklich nicht, den Zweck und die Interessen des D. M.-V. im Auge zu haben und für denselben zu wirken, wozu wir verpflichtet sind.

Feilenhauer.

An alle Feilenhauer!

Werthe Freunde, Arbeitsbürger! Wir geben Euch hiermit bekannt, daß wir mit dem 16. April d. J. in den Streit mit 180 Feilenarbeitern, Feilenhauer und Schleifer, wovon mehr als die Hälfte Familienarbeiter, eingetreten sind. Unsere Forderungen sind die denbar bestehenden, welche dadurch zu möglichen sind, daß alle Lebensmittel und die Wohnungen im Preise steigen und der Arbeiter nicht mehr in der Lage ist, seine Familie erhalten zu können. Der Beruf ist ebenfalls einer der gesundheitsgefährlichsten, und die Entlohnung diesem niemals entsprechend, wodurch der Feilenarbeiter dazu verdammt ist zu bezeugen. Die Forderungen sind: 1) Abkürzung der täglichen Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden, vollständige Sonntagsruhe, keine Überstunden. 2) Eine 11% prozentige durchschnittliche Lohnherhöhung. Genossen! Mit diesen bescheidenen Forderungen wollen wir zum Bielle kommen. Halten den Zugang fern, bewahret auch die Solidarität, im Falle die "Arbeitgeber" von Wien die Feilen in die Provinz senden zum Aufzauen.

Mit sozialdemokratischen Grüß und Handschlag
Die Wiener Feilenarbeiter.

Hagen. Der Zugang von Feilenhauern nach Hagen-Delstern ist fern zu halten, da sechs Verbandsmitglieder gefündigt worden sind und dafür andere Arbeiter eingetragen werden sollen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Zur Eintragung.

Da durch das Ableben Goldbachs das Amt des Hauptkassiers in Gemäßigkeit des § 12 Abs. 5 des Verbandsstatutes von Neuem zu besetzen ist, ersuchen wir die sich um dieses Amt bewerbenden Verbandsmitglieder, ihre

Bewerbungen bis spätestens den 30. April an uns gelangen zu lassen.

* * *

Zur Instruktion der Ortsverwaltungen machen wir darauf aufmerksam, daß die Unterstützungsgebiene nach § 2c des Statuts nur dann Berücksichtigung finden können, wenn sie genau dem § 3 des Statuts entsprechen. Es müssen die näheren Angaben über die Veranlassung des Gesuches, die örtlichen und familiären Verhältnisse von der gesammten Ortsverwaltung (vom Bevollmächtigten allein genügt nicht) unterzeichnet und mit dem Ortsbeamten versehen sein. Außerdem muß das Gesuch genaue Daten über die Dauer der Zugehörigkeit, sowie über den Stand der Beitragszahlungen enthalten, damit sich der Vorstand von der Unterstützungsberechtigung des Betreffenden überzeugen kann.

Genau so wie die Unterstützungsgebiene gelten hinsichtlich der Unterzeichnung obige Bestimmungen für Reichsschutz (§ 7), Beitragserstattungsgebiene (§ 9), sowie Anträge, Beauftragungen und Beschlüsse etc. von Verwaltungsstellen.

* * *

Da laut Beschuß des Gewerkschaftskongresses in Halberstadt von nun ab den Ortsverwaltungen das "Korrespondenzblatt" der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zugestellt werden muss, machen wir darauf aufmerksam, daß dies stets mit dem Versandt der "Metallarbeiter-Zeitung" geschieht.

* * *

Das Mitglied Georg Beck, Metallschläger, geb. 7. Juli 1857 zu Fürth in Bayern, Buch Nr. 18018, wird hierdurch auf Antrag der Verwaltungsstelle Lechhausen aus dem Verbande ausgeschlossen.

* * *

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Formier von Peine, Feilenhauer von Chemnitz, Dresden und Metallarbeiter aller Branchen von Oberndorf am Neckar und Penig l. S.

* * *

In der Abrechnung vom Februar ist zu berücksichtigen: Die unter Eisenburg angebrachten 30 Ml. Verbandsbeiträge und 6 Ml. Strafzetteln sind nicht aus Eisenburg, sondern aus Wurzen (M. Becker). Der Fehler entstand durch den Postabschnitt, auf welchem die Adresse des Absenders „Eisenburger Platz“ durch Abtrennen verstimmt war. Ferner sind die von den Klempnern Eisenburgs eingelieferten 22,84 Ml. ebenso wie die im März von denselben Sektion eingelieferten 34,51 Ml. irrtümlich für die allgemeine Verwaltungsstelle quittiert, was wir hierdurch berichtigten.

* * *

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind bis auf Weiteres nur an die Adresse unseres 1. Vorsitzenden

August Jung, Stuttgart,
Königstr. 8, patz.

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu benennen, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines ausgelöschten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge über das Erbs für Steuern, Kongressprotokolle oder Delegiertensteuer ist.

* * *

Mitgliedsbuch Nr. 23096 des Metalldreher Paul Brauner, geb. 4. Mai 1855 zu Breslau, wird hiermit für ungültig erklärt.
Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Der Metallschläger Georg Milchthaler aus Fürth in Bayern wird erachtet, seinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber gezeigt zu werden.

An die Metall-Arbeiter von Hessen, Frankfurt a. M. und Umgebung.

Durch den Beschuß des Ausschusses wurde die Angelegenheit betriffs der Agitation in dem Bezirk Hessen, Hessen-Nassau und Frankfurt a. M. erledigt. Es wurde der Frankfurter Vorstand angenommen. Es hat sich deshalb in Frankfurt a. M. die Agitationskommission gebildet und besteht aus untenstehenden Mitgliedern der drei Verwaltungen Frankfurts. Wir eruchen deshalb die Metallarbeiter des genannten Bezirks, uns davon in Kenntnis zu setzen, wenn sie Versammlungen oder dergleichen haben wollen. Ihre Tätigkeit hat die Kommission begonnen und erstreckt sich auf obigen Bezirk. Alle Sitzungen sind an den Vorsitzenden zu richten. Die Kommission besteht aus: J. M. Spörer, Mechaniker, H. Pahl, Schlosser, R. Kaltweizer, Dreher, J. Dörr, Spengler, Otto Schweißguth, Spengler.

Korrespondenzen der General-Kommission.

An die Verwaltungs-Beamten der Zahlstellen der Centralvereine und die Leiter örtlicher Gewerkschaftskartelle.

Wiederholt sind von einzelnen Organisationen von der Generalkommission Verbindungsadressen in den verschiedensten Städten gewünscht worden. Es handelt sich in diesen Fällen darum, Flugblätter an den einzelnen Orten zur Verbreitung zu bringen oder für die mündliche Agitation eine Versammlung einzuberufen. Wir haben, sofern solche Anforderungen an uns gerichtet wurden, stets die Adressen der Zahlstellenbeamten der verschiedenen Berufsorganisationen, resp. Adressen der Leiter örtlicher Kartelle angegeben. An diese wenden wir uns nunmehr mit der Bitte, sofern an sic Anforderungen im gedachten Sinne gestellt worden sind oder später gestellt werden, den Wünschen der Auftraggeber nachzukommen zu wollen. Der Halberstädter Kongreß hat durch seine Beschlüsse dargetan, daß er eine Verbindung, ein gemeinsames Wirken der Centralvereine will. Schon aus diesem Grunde muß es als eine Pflicht eines jeden Verwaltungsbeamten angesehen werden, daß er den Bestrebungen anderer Berufsorganisationen, an seinem Wohnort Boden oder Mitglieder zu gewinnen, jeden Vorwand und jede Hilfe angebietet läßt. Jedoch liegt es auch im Interesse der Mitglieder und der Verwaltung jedes Zweigvereins einer Centralorganisation, für die Herausziehung der Arbeitergenossen anderer Berufe am Ort, zur Organisation zu wirken. Je mehr die Zahl der organisierten Arbeiter am Orte wächst, einen besto größeren Stützpunkt, desto mehr Überstandsfähigkeit erlangt die eigene Organisation. Wer sich nach dieser Richtung hin bemüht, nützt seiner Organisation, seinen Berufsgenossen und sich selber. Wir müssen die Zusammengehörigkeit aller Arbeiter, gleichviel welchem Beruf sie angehören, immer stärker zum Ausdruck bringen, unablässig bemüht sein, neue Kämpfer für die Gewerkschaftsorganisation zu gewinnen. Aus diesem Grunde rechnen wir darauf, daß die Großen, an welche das Erreichen gerichtet wird, in ihren Wohnorten auch für andere Organisationen thätig zu sein, diesem gern und thatkräftig nachzukommen. Besonders bitten wir die überaus schwierige Agitation unter den schlechtgestellten Gewerben, wie Bäder, Brauer, Kellner, Müller, Biegeleiarbeiter u. s. w. nicht zu unterlassen, wenn sich auch Anfangs kein besonderer Erfolg hierbei zeigen sollte. In diesen Gewerben wird jedenfalls in nächster Zeit eine lebhafte Agitation entfaltet werden. Wirklich wird diese aber nur sein, wenn wir der Unterstützung der organisierten Arbeiter in den einzelnen Orten sicher sind.

Es sind uns nur wenig Adressen von Leitern örtlicher Gewerkschaftskartelle bekannt. Diese werden aber in erster Linie berufen sein, die erwähnte Agitation in die Hand zu nehmen. Daher bitten wir, uns die erwähnten Adressen mitzuhelfen zu wollen, damit wir auch an diese Personen das Korrespondenzblatt senden und über einzelne Vorkommnisse Auskunft einholen können.

Die Generalkommission.

G. Legien,

Hamburg-Zollverein Niederlage,
Wilhelmstr. 18, 1. Etage.

Kongresse und Generalversammlungen.

Zum 2. und 3. Mai d. J. findet in Söhl am Rhein, Kämmergasse 18, bei Mebus, der dritte Kongreß der Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehilfen Deutschlands statt. Auf diesem Kongreß soll vornehmlich über Mittel und Wege berathen werden, die geeignet sind, die überaus traurige Lage der Arbeiter dieses Berufes zu heben. Ferner soll festgestellt werden, durch welche Maßnahmen die Organisation gestärkt werden kann.

Da in diesem Gewerbe eine große Zahl junger unerfahrener Kräfte Beschäftigung findet, so ist es notwendig, daß die organisierten Arbeiter diese aufzuführen und zur Organisation heranzuziehen suchen. Gelegenheit bietet sich hierzu in den Arbeitsstellen der Barbiergehilfen, an denen die Arbeiter aller Berufe verkehren und bei einigermaßen gutem Willen auch in besagter Hölle zu agitieren vermögen. Der Appell der organisierten Barbiergehilfen an die organisierten Arbeiter anderer Berufe darf nicht ungehört verhallen, sondern die Letzteren müssen bestrebt sein, sich der für sie kleinen Mühe zu unterziehen, um der Gebilsenschaft des Barbiergewerbes großen Nutzen zu bringen.

Alle auf diesen Kongreß Bezug habenden Büchsen sind zu richten an: H. Merbig, Hamburg, El. Burch 11.

Abrechnung

vom 20. November 1890 bis ultimo Februar 1892.

Einnahme.

a) Gewerkschaftsfonds.	106504,86
Bon Vereinen und Privaten	2100,-
An Quartalsbeiträgen	5418,89
An Broschüren-Organisationsfrage .	2089,74
b) Maßnahms.	
Bon Vereinen und Privaten	64778,16
c) Verwaltungsfonds.	
Bon Vereinen	1208,01
d) Darlehen.	
An Darlehen aufgenommen	106950,-
Summa der Einnahme	288992,16

Ansgabe.

a) Für Ausstände:	
An die Glasarbeiter, Bergedorf	6800,-
" " " Utzenst.	8080,-
" " " Schuhmacher, Erfurt	5430,-
" " " Tabakarbeiter, Hamburg und Umgegend	106041,-
" " " Tabakarbeiter (Sortierer), Hamburg	41500,-
" " " Webberber-Altbain (R. & B.)	2710,-
" " " Wirk., Chemniz	800,-
" " " Löffler, Cöln-Dreieck	250,-
" " " Glasarbeiter, Flensburg	150,-
" " " Heizer u. Triimmer, Hamburg	4100,-
" " " Wirk., Thalheim	1800,-
" " " Steinmeyer, Oppach	745,-
" " " Bergolzer, Berlin	875,-
" " " Zigarrenarbeiter, Osthi-Eisach	285,-
" " " Zigarrenarbeiter, Pieschen-Dresden	500,-
" " " Seiler und Reepschläger, Stettin	90,-
" " " Buchdrucker, Wien	1000,-
" " " Metallarbeiter, Göppingen	1000,-
" " " Heizer u. Triimmer, Bremerhaven	2000,-
" " " Formier, Bernburg	420,-
" " " Legnitz	70,-
" " " Schuhmacher, Barmstedt	700,-
" " " Kesselschmied, Hamburg	1000,-
" " " Glasarbeiter, Fürth	100,-
" " " Webberber, Berlin	850,-
" " " Buchdrucker (letzwise)	3600,-
den Zigarrenmacherbund, Antwerpen	1600,-
Summa der Ansage	192696,-

b) Zurückgezahlte Darlehen.	
An Darlehen zurückgezahlt	75000,-

c) Für Agitation, Verwaltung und Verschiedenes.

Für Agitation	680,70
Prozeßsachen	456,70
Drucksachen	3597,-
Versandt, Brief- und Strafsente	1494,68
Gehalt des Vorsitzenden	1610,-
Unkosten des Kassiers	79,90
Für Vertretung des Kassiers	168,-
Für Sitzungen der Gesamt-kommission	287,80
Zurückgezahlte Beläge	3384,10
Reisekosten	26,-

10. Höchberg 40. Ingolstadt 40. Kiel 100. Kirchlinde 50. Kirchheim u. L. 20. Klein-Ottersleben 38. Körtingsdorf 50. Konstanz 113. Landsberg a. d. R. 60. Laubegast 80. Laufach 80. Löbbed 35,20. Magdeburg 50. Mannheim-Nord-Vorstadt 70. Memel 105,99. Mierscheid 100. Neheim 88. Nordhausen 30. Neuenburg 80. Neumarkt 75. Oberndorf 122,40. Oberrod 200. Pirna-fens 29,50. Regensburg 70. Rastatt 60. Rüppurr 20. Schifftshof 10,26. Schleswig 70. Schlittenbach 30. Schmidbrück 1,90. Schöneberg 50. Schwabach 50. Schedenheim 50. Steghütte 60. Sohlen 30. Stollberg i. Sachsen 19,93. Straubing 100. Tegel 200. Vörde 24,69. Vogelsang 30. Wandsbeck 75. Wertheim 50. Zeulenroda 63. Birndorf 73,28. Beitragskredit von einzelnen Mitgliedern 12,30. Beiträge 556,15. Ver-gütung an Porto 29,23. Bühn 23,80. Von der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufs-genossenschaft für B. Schneider-Mainz 192,85. Sonstige Einnahmen 1,85. Summa 262,695,83. Ausgabe. Nach Zahlen $\text{M} 50$. Alt-Bussard 100. Ammerbach 180. Ansbach 100. Aue b. Durlach 70. Bamberg 200. Bamberg 200. Bahnhof 200. Berlin I 200. Berlin II 300. Berlin III 400. Berlin IV 800. Berlin V 800. Berlin VI 660. Berlin VIII 700. Berlin IX 600. Bessungen 200. Bill 200. Bochum 200. Bockenheim 850. Boden-währ 60. Bremen 300. Breslau 200. Bürgel a. M. 100. Büsch-Wertheim 60. Charlottenburg 400. Cöln (Nord) 200. Cöln (Süd) 700. Dinkelsbühl 50. Darmstadt 850. Daubringen 80. Derendorf 125. Deutz 80. Dlemis 100. Doss 200. Dorn 100. Dresden-Neustadt 500. Düsseldorf 200. Eichweiler 100. Elchingen 50. Elberfeld 800. Eller 100. Eningen 180. Enzheim 100. Erfurt 50. Eslingen 100. Eissen 50. Farnabau 30. Flügeln 200. Freiburg i. Br. 100. Geestemünde 100. Gelsen-berg 75. Gera 50. Ginnheim 100. Glösa 120. Gorbitz 250. Gotha 100. Görlitz 60. Grasenberg 375. Großauheim 100. Gummersbach 200. Hagen 100. Halle a. S. 550. Haltern 125. Hamburg-Eppendorf 100. Ham-burg-Bebel 100. Hannover 200. Harles-hausen 70. Heidelberg 170. Heilbronn 100. Hennef 50. Herford 50. Heumar-Math 75. Höchstädt a. M. 200. Höhenberg 50. Hördt 50. Hümmlsd-König 200. Kaiserlautern 150. Kall 200. Kappel 150. Karlsruhe 600. Königswberg 100. Lahr 150. Lembsdorf 50. Lindenthal 200. Linden 75. Löbau 250. Löbeck 100. Lütgendortmund 300. Mainbernheim 50. Mainz 200. Mannheim 300. Memmingen 75. Montigny 200. Mühlburg 50. Mühlhausen i. Th. 100. München 300. München-Gladbach 125. Naumburg 50. Niederrad 400. Neustadt a. d. S. 50. Neue-Niederrad-Magdeburg 100. Neustadt i. O. 50. Niederrad 150. Niederursel 80. Niefen 100. Nippes 100. Nürnberg 800. Oberhöll 200. Oberhausen 175. Oberwesterwitz 100. Oehringen 80. Offenbach 1800. Offenburg 100. Olpe 150. Pergitz 50. Peine 50. Pfarrheim 100. Pieschen 300. Plagwitz 100. Potschappel 100. Preungeshain 100. Radersader 800-Math 125. Rathor 30. Reinhardshof 100. Rheindorf 100. Rimbach 50. Rintheim 60. Rödigdorf 100. Rödenkirchen 100. Rothenburg o. d. Tauber 500. Ruhrtort 150. Saalfeld 150. Sachsenhausen 500. Schladen 150. Schwanheim 50. Schwäbisch 350. Seckenheim 50. Solingen 200. Speldorf 100. Speyer 50. Steele 80. Sudenburg 250. Uffenheim 160. Unterlochen 50. Urdenbach 200. Vohwinkel 50. Waldschaff 70. Wangen 75. Wehlheiden 140. Wetzlar 150. Weisenau 70. Weiz 90. Weiz-Haus 50. Wolfenbüttel 100. Würzburg 150. Zschiedje 50. Frankengelb an: H. Schillers, Böllsdorf 54,70. M. Braune, Schillers 28,20. F. Seuer, Bruckdorf 17,10. G. Bönnhardt, Auersbach 10,05. F. Böhme, Zwönitz 14,10. G. Bimpage, Blaiburg 14,10. A. Fromm, Kempen 84,60. M. Gründerberg, Meiss 26,50. A. Gutberlet, Oldisleben 112,80. M. Göbel, Marne 19,45. A. Hoffmann, Straßburg 3. G. Huber, Altenstadt 19,45. G. Jafobs, Kammeloh 38,25. H. Kracht, Lage 12,40. H. Kremling, Hörnsdorf 47,65. W. Kotthäuser, Brück 28,20. B. Lutz, Schwandorf 12,85. H. Bauchner, Nowawes 21,80. H. Linke, Biberburg 14,70. H. Möchner, Malancourt 26,50. G. Mondschein, Buckenwalde 56,40. W. Mehlsdorf, Bleienburg 39,30. D. Marcus, Egternacherbrück 19,45. H. Queck, Bittau 14,10. G. Moisheim, Kaiserwerth 31,20. G. Schleibig, Weifa 26,97. G. Späher, Baubuschbach 87,60. H. Steinbauer, Völkerhause 56,40. A. Storz, Wilsbaden 14,10. J. Uebler, Michelstadt 35,90. F. Wilkes, Bornum 17,10. J. Zucc, Überkassel 54,05. J. Zäpfel, Neustadt a. d. A. 87,60. Kur- und Verpflegungskosten für G. Becker, Magdeburg 12. S. Delphiniisch, Oberwesel 54,70. Für ärztliche Behandlung 3. Für Arznei 6,75. Gehälter an die Beamten der Haupt-verwaltung 645. Reisegeld und Diäten an 2 Ausschußmitglieder zur Revision der Haupt-kasse 44. Entschädigung an die Revisions-kommission 56,90. An H. Hänschel für Revision der Filialen Magdeburg und Umge. 67,85. Porto, Schreibmaterial usw. 334,40.

Bei Bullen geliehen 4000. Depositum beim Gericht 80. Summa 84,440,22.

Bilance.

Einnahme $\text{M} 262,695,83$.

Ausgabe $\text{M} 34,440,22$.

Kassenbestand $\text{M} 228,255,61$.

Die Ortsbeamten werden ersucht, alle noch am Orte vorhandenen Abgeordnetensteuermarken nunmehr umgehend an die Hauptkasse einzutragen. Diejenigen Filialen, von denen spätestens mit der nächsten Ab-rechnung die noch vorhanden seien sstellenden Marken nicht eingeschickt sind, werden an dieser Stelle bekannt gemacht werden.

C. Butenuth, Hauptkassirer.

Bekanntmachung.

Dem Beschlüsse der letzten Generalver-sammlung gemäß ist nach Erledigung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz eine Generalversammlung einzuberufen. Da diese Novelle nunmehr gegeben ist, so sind wir verpflichtet, die Generalversammlung einzuberufen. Dieselbe wird vermutlich Ende Juli oder Anfang August stattfinden und wird Gott und Gott später bekannt gemacht.

Nach § 27 Abs. 6 des Statuts hat jedes Mitglied zur Deckung der Kosten einen Extra-beitrag zu leisten und zwar haben die Mitglieder der 1. Klasse 40, diejenigen der 2. Klasse 20, j. zu entrichten. Dieser Beitrag wird durch besondere Marken quittiert, welche oben auf der Seite des Mit-gliedsbuches einzukleben sind, auf welcher die Beitragsmarken für die ersten sechs Mo-nate dieses Jahres eingeklebt werden. Die Marken sind weiß mit rotem Druck, nur diese Marken sind als Quittung für die Abgeordnetensteuer gültig und ist für je 20 j. eine Marke einzukleben. Die Versendung dieser Marken ist im Laufe der Woche erfolgt und werden diejenigen Ortsverwaltungen, welche bis zum 24. April nicht in den Besitz derselben gelangt sind, aufgesordert, „sofort die Marken von der Hauptverwaltung zu reklamieren“. Mit der Erhebung der Abgeordnetensteuer ist sofort zu beginnen und muß der Extratrag spätestens bis Ende Juni unverkürzt an die Haupt-kasse eingesendet werden.

Weitere auf die Generalversammlung be-zügliche Bekanntmachungen gehen den Orts-verwaltungen mit den Marken zu.

Hamburg, 16. April 1892.
Mit Gruß
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Metall-Arbeiter „Fulcan“ (G. & S. 89).

Abrechnung der Hauptkasse pro März 1892.

Einnahme. Kassenbestand ultimo Februar $\text{M} 926,45$. Von Altona $\text{M} 25$. Augsburg 100. Berlin I 200. Berlin IV 50. Bielefeld 100. Bockenheim 100. Brackwede 50. Brandenburg 100. Bruchsal 25. Cölln 100. Chemnitz 200. Cölln 50. Cöthen 40. Delstern 100. Döhren 50. Ehrenfeld 30. Eller 50. Eller-beck 50. Forchheim 60. Friedrichstadt-Magdeburg 50. Gaggenau 120. Glösa 40. Großenbaum 50,60. Hemelingen 100. Höchberg 30. Karlsruhe 100. Kiel 300. Kleefeld 50. Klein-Ottersleben 73. Körtings-dorf 100. Siegnitz 20. Lipp 80. Lümmen 100. Mannheim-Lindenholz 100. Mühlhausen i. Th. 12,16. Neuk 50. Niederrönne 60. Nowawes-Neuenhof 55. Niehl 50. Potsdam 130. Potsdam 60. Radebeul 80. Rabenbürg 50. Rendsburg 42. Rheydt 30. Roerbrück 83,84. Schramberg 60. Schwelm 60. Siegen 50. Sieglitz 12,80. Tempelhof 100. Trierdorf 28. Wehlheiden 150. Zettler a. Ruhrt 50. Zeulenroda 35. Von der früheren Filiale Loschwitz 30,70. Zurückge-zahltes Kassenmarke von Dommes-Cölln a. N. & Conto 50. Beiträge einzelner Mitglieder, Vergütung an Porto und sonstige Einnahmen 121,85. Von der „Allgemeinen“ gegen Rückzahlung 4000. Summa 9121,40. Ausgabe. Nach Applerbeckermark $\text{M} 50$. Altenhagen 40. Bergen i. B. 30. Berlin VI 75. Bochum 220. Breslau 50. Bruchsal 40. Brück 60. Beck 75. Cannstatt 325. Cölln a. Rh. 60. Darmstadt 100. Dallendorf 50. Dessau 50. Deuben 60. Deutz 50. Doss 50. Dresden-Neustadt 175. Duisburg 75. Eutingen 60. Erfurt 40. Eichweiler 100. Eissen 125. Fermersleben 75. Flensburg 90. Flügeln 125. Gelsenkirchen 70. Geilenberg 40. Gerresheim 100. Gladbeck 50. Gladbeck 50. Grafenberg 40. Halle 30. Hamm a. d. B. 100. Hannover 150. Herford 40. Hochfeld 60. Hördt 125. Laar 75. Limburg 180. Linden 90. Lüdenscheid 60. Mannheim 25. Marten 150. Meck 50. Mittweida 40. Mülheim a. Rh. 75. München 150. Neustadt-Magdeburg 90. Nippes 70. Norden 50. Nöttingen 30. Niedersader 50. Niedersachsen 50. Ratingen 30. Regensburg 50. Neutlingen 75. Rüdingen 75. Stendal 50. Saarbrücken 100. Saargemünd 100. Sachsenhausen 50. Schalle 100. Schladern a. S. 40. Steghütte 50. Strem 75. Sudenburg 75.

Unterbach 180. Waldbüttelbrunn 40. Wehl-beben 40. Weingarten i. B. 125. Werbau 40. Werbohl 40. Werne-Colonie 60. Wester-hüsen 90. Worms 75. Zwischen 40. Kranken-geld an: G. Mondschein, Buckenwalde 44,40. G. Rudolf, Mittelwalde 4,80. D. Kriesten, Oberlangenau 57,35. G. Grau, Neckarau 40,70. G. Barthel, Görslig 22,20. D. Hering, Hamburg 23,30. J. Volksig, Nördorf 70,30. W. Welzer, Ehrenbreitstein 31,45. J. Milco, Neustadt i. S. 14,80. J. Österdag, Stuttgart 7,41. F. Kapinos, Löbbeck 35,20. Reise-geld und Diäten an zwei Mitglieder vom Ausschuss zur Revision der Hauptkasse 44. Reisegeld und Diäten an H. Hänschel zur Revision der Filialen Magdeburg und Umge. 67,85. Gehalt an die Beamten 410. Porto und sonstige Ausgaben 162,94.

Summa: 6941,70.

Bilance.

Einnahme $\text{M} 9121,40$.

Ausgabe $\text{M} 6941,70$.

Kassenbestand $\text{M} 2179,70$.

Hamburg, Anfang April 1892.

M. Mielke, Hauptkassirer.

In die Mitglieder!

Gute Rechnungsabschluß für 1891 hat die Kasse in demselben Jahre $\text{M} 246,928$ an Beiträgen eingenommen, mithin hätten dem Reservefond $\text{M} 24,692$ zugesetzt werden müssen, während nur $\text{M} 13,186,06$ erhoben wurden. Aus diesem Grunde ist uns am 25. März cr. eine Verfügung der Aufsichts-behörde ausgestellt worden, in längstens acht Wochen eine Generalversammlung einzuberufen, um Statutenänderungen herbeizuführen, wodurch die Aufbringung des Reserfonds ermöglicht wird. Wir haben nun in unserer letzten Sitzung beschlossen, von der Einberufung einer Generalversammlung vorläufig abzusehen, sondern die in § 8 des Statuts vorgesehenen Beiträge so lange zu erheben, bis der Ausgleich herbeigeführt ist. Der Aufsichtsbehörde ist hieron Mitteilung gemacht und dieselbe um Berücksichtigung der Verfügung erucht.

Wir sehen uns also genötigt, für April und Mai je einen Wochenbeitrag mehr erheben zu lassen und ersuchen die Ortsverwaltungen, streng darauf zu achten, daß sowohl für April als auch für Mai fünf Wochenbeiträge bezahlt werden. Die Anforderungen an die Kasse sind auch in diesem Jahre so enorm, daß die Beiträge im Verhältnis zur Unterstützung entschieden zu niedrig sind. Durch entsprechende Herab-setzung der Unterstützung könnten allerdings die Extrabeiträge vermieden werden, da aber von der großen Mehrheit der Delegierten zur letzten Generalversammlung die Ansicht vertreten wurde, daß die Mitglieder lieber Extrabeiträge zahlen, ehe sie auf eine Herab-setzung der Unterstützung eingehen, so erwarten wir, daß unsere Anordnung überall Anerkennung findet.

Hamburg, 14. April 1892.
Mit Gruß
Der Vorstand.

in Anwendung gebracht wurde. Gedankt im Auftrage mehrerer Grossfirmen hat ein zweifelhafter Industrieller den Namen der Kommission gemüthbraucht und die Marke fälschen, beziehungsweise nachdrucken lassen. Wir haben die Sache sofort unserem Rechts-anwalt zur Verfolgung übergeben; das Weitere wird sich finden.

Um aber allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, haben wir eine neue Marke anfertigen lassen, dieselbe ist beim 1. Amtsgericht in Berlin unter Nr. 1590 gesetzlich geführt, eine Fälschung daher unmöglich gemacht.

Bar Illustration, wie die Herren glaubten, sich die Sache zu Nutze machen zu können, diene folgender Briefwechsel. Der Schreiber der Postkarte ist einer der bedeutendsten Grossfirmen der Hutfabrik, dessen Bruder eine große Hutfabrik in Berlin besitzt:

Herr Peter Leonhardt, Offenbach a. M. Berlin, den 5. März 1892. Auf Veran-lassung unseres Vertreters, dem Sie ge-legentlich mitthilfen, die sozialbewußtseitsche Arbeiterschwarzmarkte führen zu wollen, erlauben wir uns, Ihnen solche 100 Stück für 1 M. anzubieten; wir können davon gerade etwas bekommen und sind Ihnen damit gern gefällig. Achtungsvoll ges.: Silbermann u. Comp."

Herr Leonhardt sandte uns darauf diese Karte und folgenden Brief:

Wellelegend sende ich Ihnen diese Karte, welche ich erhalten habe. Da ich darin nur eine Schädigung der guten Sache er-blide und ich selbst einen Betrug begehen würde, im Fall ich von diesem Unerbitten Gebrauch mache, so halte ich es für meine Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen. Achtungsvoll ges.: Peter Leonhardt, Offenbach, 8. März 1892.

In welchem Licht erscheint hier der große Fabrikant und Millionär gegenüber dem kleinen Geschäftsmann; denn der Große hat es so gut gewußt, wie der Kleine, daß die Marken nicht die echten, von der Kom-mission ausgegebenen waren. Wie herlich nimmt sich eine solche Handlungswise aus, wenn man weiß, daß in der Fabrik des Herrn Silbermann Bohndräckerei an der Tagessordnung sind!

Durch diesen neuesten Goupe der Gegner ist erwiesen, wie sehr sie die Marke fürchten, denn die Herren fälschen nicht, wenn sie keinen Nutzen davon haben.

Wir bitten daher die Genossen, uns in unserem Bestreben auch ferner zu unter-stützen, und zwar dadurch, daß sie nur Hüte kaufen, welche mit der von uns ausgegebenen unter Nr. 1590 in das Markenregister eingetragenen Arbeiter-Kontrollmarke deutlicher versehen sind.

Die Marke ist grün und muß im Hute kleben, das Einkleben beim Kaufen ist Ver-trug. Auch ist es nothwendig, auch in den-jenigen Geschäften, welche veröffentlicht werden oder selbst veröffentlicht, daß der Hut mit Marke verlangt wird und bitten wir die Genossen, sich jedesmal zu überzeugen, ob die Marke im Hute steht.

Berlin, im März 1892.

Die Arbeiter-Kontroll-Kommission deutscher Hutmacher.

Karl Kempf, N.O., Weinstraße 12.

Litterarisches.

Fernhard Greiter, „Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalle's und seine Beziehungen zu Helene v. Dönniges.“ Neue Bearbeitung, 16 Bogen Ottov, Verlag von Börlein u. Comp. in Nürnberg. — Dieses merkwürdige Buch, welches eine Menge archivalisch wichtigen Materials enthält, sämmtliche Briefe, die zwischen Lassalle und der Gräfin Hassfeld im Jahre 1864 gewechselt wurden, seine Korrespondenz mit Helene v. Dönniges, Küstow u. s. w., Depeschen, die noch nirgends veröffentlicht waren) bildet eine geeignete Ergänzung der gegenwärtig erscheinenden Ausgabe von Lassalle's Werken und wird namentlich den jüngeren Parteigenossen, welche mit der Parteigeschichte nicht näher vertraut sind, aber auch älteren Genossen, die zur Zeit in der die in dem Buch geschilderte Tragödie gespielt hat, von in der Bewegung standen, als historisches Werkstück höchst willkommen sein. Das Werk, welches kurz vor dem freiwilligen Ende Greiters, dem Nachfolger Lassalle's im Präsidium des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, eine durchgreifende Neubearbeitung erfahren hat, gewinnt dadurch noch an Wert, daß es von einem alten bewährten Parteigenossen, der mehreren der betreffenden Persönlichkeit nahe gestanden hat, mit einer informirten Vorrede versehen ist. Die Ausgabe erfolgt sowohl in Buchform, als in 6 Heften, welche sammt und sonders schon fertig vorliegen und daher in beliebigen Zwischen-räumen bezogen werden können.

<p

Die neueste sächsische Fabrikarbeiteraufnahme und ihre sozialstatistischen Ergebnisse. Von Dr. Max Unarck. — Statistik der in deutschen Fabriken beschäftigten Arbeitern. — Maschinen-Ver vollkommenung in Folge von Lohnbewegungen. — Die Kinderarbeit in der russischen Fabrikindustrie. Von Dr. Sophie Dachznikla. — Vertreter des Bundesraths in der Kommission für Arbeiterstatistik. — Arbeitslöhne in der preußischen Staatsbahnenverwaltung. — Zur Lage der Eisenbahnbediensteten in den Vereinigten Staaten. — Statistische Erhebungen aus dem Steinmetzgewerbe von Dresden und Umgegend. — Arbeiterzustände in Bielefelden. — Der Notstand unter den österreichischen Städtern. — Wohnverhältnisse in der ostpreußischen Eisen- und Stahlindustrie. — Ausstands-Versicherungsvereine in Preußen. — Der deutsche Schienenverband. — Die Gesetzesgebung gegen die Trusts und den Standard Oil Trust. — Über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Schuhräumen. — Sonntagsruhe im Drogenhandel. — Zur Verteilung der Nacharbeit in den Baumwollspinnereien. — Die statistischen Ergebnisse der Arbeiter-Unfallversicherung in Österreich. Von Dr. Eduard Gisberg. — Anzeige des Verbands deutscher Bergleute. — Wohnungsgesetzesgebung in Braunschweig. — Wohnungsvorverhältnisse der oberschlesischen Industriearbeiter. — Geschlechtsvermischung in Arbeiterwohnungen. — Arbeiterwohnungen in Russland. — Die Erkundung als Todesursache in den 15 größeren städtischen Gemeinden der Schweiz. — Arbeiterdienst der Gefangenen. — Literatur: Lagerschlager, Ernst, Erhebungen für die Sonntagsuhe in Stuttgart. — Comoghi, Eman., Die Lage der Arbeiter in Ungarn vom hygienischen Standpunkt. — Bürkl, Karl, Der Ursprung der Eidgenossenschaft aus der Markgenossenschaft und die Schlacht am Moorgarten.

Briefkasten.

Leer. Eine technische Fachschule für Hefenhauer gibt es nicht.
Biegen. Durch ortspolizeiliche Verordnung kann ein solches Verbot erlassen werden.
Hannover. Die Zeitung so früh abzusenden, daß sie Donnerstag in Hannover durch die Post zugestellt wird, ist unmöglich.
Cöthen. Mahnungen, Privatschulden betr. nehmen wir nicht auf.
P. D., Chemnitz. Wenn Sie sich unterscheiden haben, so können Sie zwar kündigen, müssen auch die Papiere ausgehändigt erhalten, der Fabrikant wird aber Ihren Wochenlohn zurückbehalten und auf weiteren Schadensersatz klagen. Ob Sie überhaupt verpflichtet sind, den Schaden zu tragen, diese Frage zu beantworten ist uns ohne nähere Kenntnis des Sachverhaltes nicht möglich und nach Ihrer Unterschrift auch gegenstandslos.

G. S., Düsseldorf. Wir können Ihre Frage nicht beantworten, da uns von den betreffenden Orten mit Ausnahme von B. die Verbindung fehlt und auch da nur eine Personenadresse zur Verfügung steht.

An alle, die es angeht. Wir ersuchen, Anzeigen, Bestellungen, Anfragen etc. immer separat auf ein Stück Papier zu schreiben und nicht auf die Rückseite von Berichten, da wir sonst nicht für richtige Ausführung garantieren können. Immer, und besonders bei Berichten, ist das Papier nur auf einer Seite zu beschriften.

Der Verkauf Anzeigen etc., welche erst am Dienstag Abend eintreffen, können in die Nummer der betreffenden Woche keine Aufnahme mehr finden.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Apolda. Sonnabend, 30. April, Abends 8½ Uhr Versammlung im Bürgerhaus. L.-O.: Begezahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Wahl eines Kassiers. Verschiedenes.

Altena. Sonntag, 24. April, Nachmittags 6 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagessordnung im Lokal.

Bamberg. Samstag, 30. April, Mitgliederversammlung.

Bayreuth. Samstag, 30. April, Versammlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragsfahrt und Verschiedenes. — Wir warnen sämtliche Kollegen vor dem Kunstschauspieler Anton Kettelsbach und bitten wir, uns wenn möglich seine Adresse zu übermitteln. Näheres folgt.

Bernburg. Sonnabend, 30. April, in der Schloßbrauerei, Versammlung. — Unser Kassier Ferdinand Thomas wohnt jetzt Kammlaßstraße 16, 1.

Bremen. Unsere Herberge und Verkehrslokal befinden sich jetzt bei Herrn Wegener, Langenstraße 100. Meißnerunterhaltung an Wochentagen von 7—8 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr Mittags.

— Montag, 25. April, Abends halb 9 Uhr, Versammlung bei Wegener, Langenstraße. — **Cölln.** Sonnabend, 30. April, Abends halb 9 Uhr, Versammlung bei Lehninger. L.-O.: Die Maifeier.

Dortmund. Sonntag, 24. April, Vormittags 10 Uhr: Marsch der Mitglieder nach Barop. Zusammenkunft im "Schwarzen Löwen", Wigstraße. — Abends 8 Uhr bei Blümmermann, Oktagonstraße, Mitgliederversammlung. L.-O.: Berichterstattung vom Halberstädter Kongress. Referent: Kollege Schneider-Büdenscheid. Zeitungsfrage. Verschiedenes.

Ehrenfeld. Montag, 25. April, Abends halb 9 Uhr im Lokale des Herrn Spitz, Venloerstraße, Mitglieder-Versammlung. L.-O.: Aufnahme und Einzahlung. Vortrag. Verschiedenes.

Ellenburg. Nächste Mitgliederversammlung Sonnabend, 30. April, Abends 8 Uhr im Bergkeller. L.-O.: Rechnungsbüro. Vorsitzwahl. Vortrag und Verschiedenes.

Elberfeld. Die Reiseunterstützung wird vom 1. Mai ab in Höhe von 101 ausbezahlt.

Elberfeld. Samstag, 23. April, Versammlung bei Herrn Oberleiter, Klosterstrasse.

Esslingen. (Allgem.) Montag, 25. April, Abends halb 8 Uhr Versammlung bei L. Schlegel "Zur Bierhalle". Bekanntes Ereignis werden die Kollegen ersucht, sämtliche der Bibliothek entnommen Bücher abzugeben.

Fleensburg. Samstag, 30. April, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal bei B. Post, Ecke der Süderstraße. — Der Bibliothekar Heinrich Uderlein wohnt Neuerstrasse 2, 2.

Frankfurt a. O. Sonntag, 24. April, bei Görmann Mitgliederversammlung. Tagessordnung in der Versammlung. — Die reisenden Mitglieder werden hiermit aufgefordert, ihren Plätzen nachzukommen.

Freiburg i. Br. Samstag, 30. April, in Berstner's Restauration Mitglieder-Versammlung. L.-O.: Vortrag eines Kollegen.

Görlitz. Montag, 25. April, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal, Hirschfelder Verhalle. Tagessordnung in der Versammlung. — Unsere Herberge ist jetzt Gasthof zur "Stadt Hamburg", Steinweg.

Gassen. (Allgem.) Sonnabend, 23. April, Abends halb 9 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung. L.-O.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. — Der von Herrn Rittergutsbesitzer Doktor Röder angekündigte Vortrag findet Mitte Mai statt. — Alle, die Interesse für den Verband haben, werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Versammlungen besser zu besuchen, da wir nach § 8 verfahren müssen.

Hamburg. Vorläufige Anzeige. Am 15. Mai wird in Hamburg Seltens der Sektionen des Metallarbeiter-Verbandes eine Centralherberge am Groß-Neumarkt eröffnet für sämtliche zugereiste Metallarbeiter. Für gesunde Schlafräume, saubere Betten und gute Verpflegung wird Sorge getragen. Die Herbergscommission.

Hamburg. Zur Beachtung für die Klempner u. v. B. Hamburgs und Umgegend. Es soll wiederholt in jüngster Zeit vorkommen sein, daß sog. Kollegen unter dem Minimalkost von 1888 Arbeit angenommen haben. Wir warnen davor und erwarten, daß Derartiges zur Anzeige gebracht wird im Sektions-Bureau, Schopenstieg 22, II. Zugleich ersuchen wir, Überstunden und Außardarbeit möglichst zu vermeiden. Der Vorstand der Sektion.

Harburg. Sonnabend, 30. April, Abends halb 9 Uhr bei Kaiser, Neuestr. 4, Mitgliederversammlung. L.-O.: Berichterstattung vom Hauberpüdder Kongress durch Geisteslehrer.

Heilbronn. Montag, 25. April, Versammlung im Lokal (Post). Die Mitglieder werden dringend ersucht, zahlreicher wie in letzter Zeit zu erscheinen. Ferner wird bekannt gemacht, daß von jetzt ab jeden Samstag Abend im Lokal von 8—10 Uhr Beiträge entricht werden können.

Hildesheim. Samstag, 30. April, Abends halb 9 Uhr bei Gastwirth Fischrott, Annenstraße, Vortrag des Kollegen Görland über gewerbliche Anwendung der Elektricität und Druckluft.

Kiel. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 20. April, Abends halb 9 Uhr. Mitgliederversammlung bei Herrn David, "Vollschulen", Rehdenstraße 12.

Meissen. Ich ersuche die Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, dieselben zu entrichten. Jahrestag jeden Sonntag von 10—12 Uhr im Thurmhouse.

Der Vertrauensmann.

Nordhausen. Sonnabend, 23. April, Abends halb 9 Uhr, Versammlung im "Schützenhaus".

Nürnberg. (Sektion der Schläger.) Montag, 25. April, im Kontumazgarten von Nachmittags 5 Uhr an Mitgliedervertretung.

— Sammlung. L.-A.: Aufsatz. Betreff des Entlasserbriefs der Beiträge. Verschiedenes. — Montag, 25. April, Abends 7 Uhr im Kontumazgarten öffentliche Versammlung des Metallschläger-Gewerbes. Die Tagessordnung wird in der "Tagespost" bekannt gegeben.

Nürnberg. (Sektion d. Zellstoffindustrie.) Samstag, den 28. April, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in den "Drei Königen." Tagessordnung im Lokal.

Nürnberg. (Sektion der Schläger.) Samstag, 24. April, Nachmittags, Wirtschaft zum "Goldenen Kreuz", obere Krenzgasse.

Nürnberg. (Sektion der Mechaniker u. d. B.) Samstag, 23. April, Mitglieder-Versammlung. — Samstag, 24. April Tanztränzchen im Elbendorfcafé.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 1. Mai, Nachmittag zum Festplatz "Schuster's Feuer" zur Maifeier. Samstag, 8. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im Vereinslokal.

Penig. Sonnabend, 23. April, Abends 8 Uhr, im Schützenhaus, Versammlung. — Samstag, 1. Mai, Nachmittag zum Festplatz "Löwen" zur Maifeier. Samstag, 8. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im Vereinslokal.

Pforzheim. Samstag, 23. April, Abends 8 Uhr im Gasthaus zum "Löwen" Mitgliederversammlung. L.-O.: Maifeier. Verschiedenes. Die Mitglieder werden auf § 8 aufmerksam gemacht.

Pirna. Montag, 25. April, Abends 8 Uhr öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Saale zur "grünen Linde". L.-O.: Bericht von der Metallarbeiter-Konferenz Sachsen. Zahlung der Beiträge bis Ende April und Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, die dem Verband fernstehenden Kollegen zu dieser Versammlung mitzubringen.

Pöschappel. Die Einzelmitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbands werden ersucht, sich recht zahlreich an der Mai-Demonstration zu beteiligen.

Reutlingen. (Allgemeine.) Samstag, 30. April, Hauptversammlung. L.-O.: Einzahlung und Aufnahme. Weiteres im Lokal. — Der Glasnehmer Andreas Jung aus Schweinfurt wird ersucht, seine Adresse sofort an F. Dietrich, Mechaniker, Tübingerstr. 13, Reutlingen, zu senden.

Rostock. Sonnabend, 30. April, Abends 8 Uhr in der Brunnenhalle, Mitglieder-Versammlung. L.-O. im Lokal. Die rückständigen Mitglieder werden nochmals aufgefordert, in der Versammlung zu erscheinen und ihre Beiträge zu entrichten.

Ravensburg. Den reisenden Verbandsmitgliedern zur Nachricht, daß ich vom 27. April ab nicht mehr an der Bahnhofstraße, sondern an der Mauer Nr. 7 wohne. Albert Hirzel, Formier.

Schnigling-Poos. Sonntag, 24. April, Vormittags 10 Uhr bei Spiegel Mitglieder-Versammlung. L.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. — Der Glasnehmer Andreas Jung aus Schweinfurt wird ersucht, seine Adresse sofort an F. Dietrich, Mechaniker, Tübingerstr. 13, Reutlingen, zu senden.

Wald. Sonntag, 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung bei Herrn Hartenroth. L.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Empfang der Beiträge. Verschiedenes. NB. Wegen der Maifeier findet die Versammlung um 4 Uhr statt.

Witten. Sonntag, 24. April, Nachmittags 5 Uhr, bei Dahl, Herbederstraße, Mitglieder-Versammlung. L.-O.: Aufnahme und Zahlung der Beiträge. Verschiedenes.

Worms. Das Verkehrslokal ist nicht mehr bestigbar, sondern zur "Stadt Heidelberg", Schmidgasse.

* *

Chemnitz und Umgegend. (Metallarbeiter-Fachverein.) Freitag, 29. April Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Schützenhaus. Die Tagessordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Barop. Sonntag, 24. April, Vormittags halb 12 Uhr im Lokal des Wirths Stoitting zu Hombruch öffentliche Metall- und Fabrikarbeiter-Versammlung. Tagessordnung: Zehn- oder elfstündiger Arbeitstag. Referent: Redakteur H. Schlicke-Gelenkirchen. Gründung einer Zahlstelle. Verschiedenes.

Mombach b. Mainz. Sonntag, den 24. April, Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Jung öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L.-O.: Berichterstattung über den Halberstädter Kongress. Zweck und Ziel der Organisation. Verschiedenes und Fragefragen.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 7. April schied nach langer, schwerer Krankheit unser Kollege Anton Gross aus dem Leben. Derselbe war der Gründer unserer Organisation und stets eifrig thätig ihr eure Sache. Wir rufen ihm ein "Ruhe sanft" nach.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Sitz der Metallarbeiter-Nürnberg.

Zwei tüchtige Männer angefeindet jetzt sofort Fr. Alth Lichtenberg, Siegen Westphalen.

Ein tüchtiger Fabrikant in dauernde Stellung. Zu sämtlichen Arbeiten gut bewandert. Fr. Es., zur Zeit in Ingolstadt bei Metallarbeitermeister Ferdinand Geyer.

In einer größeren Stadt Bohaus ist eine gut eingerichtete Werkstatt mit Wohnhaus (Maschinenbetrieb), geeignet für Bau-, Kunstschlosserei und Feinmechanik bei einer Anzahlung von 3—4000 M. sofort zu verkaufen. Das ganze Kapital könnte lange Jahre stehen bleiben. Nähe in der Gred.

Im Verlag von Dr. Ernst in München erschien soeben und ist durch unterzeichnete Buchhandlung zu beziehen:

Gelegenheitsgedichte

Prolog für Arbeiterfeste.

Mit einem Anhang:
Winke für Bedruck.

Den deutschen Arbeitern gewidmet von Manfred Wittich, Preis 6 Bogen in 8° 75 Pf.

Nürnberg.

Wörlein & Comp. Weißstraße 12 und 14

Der

Nichtstundentag

vom Standpunkte der Social-Dokonomie, der Hygiene, der Moral und der Demokratie von Robert Seidel.

Einzelne Preis 10 Pf.

(Bei großen Bestellungen nach Rechnung.)

Der Verfasser, Sekretär des Internationalen Sozialistischen Arbeitercongreses von 1893 zu Zürich, Redakteur der "Arbeiterstimme", wohlbekannt als Schriftsteller und Dichter, hat mit seiner Rede ein vorzügliches Mittel zur

Massenagitierung am 1. Mai geschaffen.

Gef. Abnahme sehen entgegen

Kürnb erg.

Wörlein & Comp.

Outingsmärkte

und **Kautschukstempelsfabrik**

von Konrad Müller,

Sie mit Leipzig empfiehlt sich den Arbeitervereinen, Krankenkassen, Ausführung sauber und schnell.

Preislistentafel franco

Hamburger Federhosen;

ausgezeichnet haltbare Qualitäten und allerstärkste Nähbarkeit, 3drächtige à M. 8,50, 2drächtige à M. 6,00, sendet gegen Nachnahme überallhin franco. Angabe der Schrittlänge erforderlich.</